

## 6 »Hauptsache es knallt!« Kollektive Identität in Debatten um Militanz

---

Auch wenn die öffentliche Diskussion über linksradikale Bewegungen häufig auf eine Diskussion über Gewalt reduziert wird und auf diese Weise weitere wichtige Aspekte ausgeblendet werden, spielt das Thema »Militanz« in den Konstruktionsprozessen einer linksradikalen kollektiven Identität eine zentrale (aber eben nicht exklusive) Rolle. Es wäre allerdings unzutreffend, anzunehmen, dass Militanz ausschließlich eine Frage der Gewalt(-bereitschaft) wäre. Militanz hat für die linke Szene eine vielschichtige und komplexere Bedeutung, die Gewalt zwar einschließt, sich aber bei weitem nicht darauf beschränkt.<sup>1</sup> Autonome AktivistInnen schildern ihre Ansichten zu Militanz folgendermaßen:

»Militanz ist in unseren Augen notwendiger Bestandteil linksradikaler Politik, sowohl im allgemeinen Sinn der konsequenten, kämpferischen Haltung an sich, als auch im engeren Sinn von politischer Gewalt. Dass dies ein höheres Maß von Verantwortung erfordert als das Bilden von Lichterketten, ist selbstverständlich. Doch wer auf die Option von Militanz verzichtet, beraubt sich selbst der notwendigen Mittel gegen ein System der Herrschaft, dem allein mit den besseren Argumenten nicht beizukommen ist.«<sup>2</sup>

Militanz bezeichnet aus Sicht der linken AktivistInnen also einerseits eine innere Haltung, andererseits kennzeichnet sie bestimmte Aktionsformen und politische Mittel,

---

1 Eine Perspektive, die Militanz und Gewalt weitgehend synonym versteht, scheint dem Phänomen folglich nicht gerecht zu werden. Vgl. zu einer solchen Sichtweise Baron, Udo (2014): Linksautonome auf dem Weg zum Linksterrorismus? Das Gefahrenpotential einer neuen Form sozialrevolutionärer Gewalt. In: Armin Pfahl-Traughber (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013. Brühl, S. 137-160. Vgl. zur Frage der Bedeutung von Gewalt für die autonome Szene auch Brumlik, Micha (1989): Autonome: Gewaltbereitschaft als verbindendes Lebensgefühl. In: Wilhelm Heitmeyer, Kurt Möller und Heinz Sünker (Hg.): Jugend, Staat, Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung. Weinheim, München: Juventa, S. 175-189 sowie Mletzko, Matthias (2010): Gewalthandeln linker und rechter militanter Szenen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* (44), S. 9-16.

2 A.G. Grauwacke 2003, S. 380f.

deren Anwendung als legitim angesehen wird. Zunächst wird Militanz als eine unversöhnliche und radikale Einstellung und Sichtweise verstanden: »Militante Praxis drückt eine politische Haltung aus: Unversöhnlichkeit, Unvereinbarkeit mit herrschenden Verhältnissen. Wir wollen kein anderes, besseres Leben nach den gegenwärtigen Spielregeln. Wir wollen ein anderes, besseres Leben!«<sup>3</sup> In diesem Sinne kann also bereits eine kompromisslose Analyse als »militant« verstanden werden. Aber auch politische Aktionsformen, die die gesetzlichen Grenzen politischen Protests verlassen, werden als Militanz bezeichnet.

»Es geht auch, aber nicht per se um Steine werfen, sondern darum, gesellschaftlich vorgegebene Spielregeln für politische Opposition bewußt zu brechen. Es geht darum eine unvereinbare Haltung gegenüber dem herrschenden System einzunehmen, sowie durch das eigene Handeln den Auswirkungen dieses Systems direkt entgegenzuwirken.«<sup>4</sup>

Das Verhältnis von einer militanten politischen Grundüberzeugung zu den praktischen militanten Aktionen wird dabei wie folgt umrissen:

»Der Teil, in dem wir uns in direkte Aktionen begeben, uns mit Steinen gegen Polizisten wehren oder Schaufensterscheiben zertrümmern, ist dabei marginal. Wir sitzen stundenlang auf Plenas, versuchen uns zu organisieren und anderen dabei zu helfen, wir diskutieren, schreiben Aufrufe und Flyer, gehen auf Demos, kochen in Voküs, feiern, gehen einklauen und tausend Sachen mehr. Dies ist unsere politische Praxis, zu der eben auch direkte Aktionen gehören. Diese sind aber nur ein Moment unter vielen, ein strategisches Mittel, eine Aktionsform, eine Möglichkeit des Aufbegehrens.«<sup>5</sup>

Einerseits handelt es sich bei militanten Aktionen um klandestines Handeln in Kleingruppen, beispielsweise Sabotageaktionen oder gezielte Sachbeschädigungen, andererseits um die sogenannte Massenmilitanz auf Demonstrationen, also Verstöße gegen das Versammlungsrecht oder Auseinandersetzungen mit der Polizei.<sup>6</sup> Eine dritte Aktionsform, die bis in die 1990er Jahre noch intensiver diskutiert wird, ist das terroristische Vorgehen gegen RepräsentantInnen des Systems, das beispielsweise von der Roten Armee Fraktion oder den Revolutionären Zellen/Rote Zora verfolgt wurde. Diese Form der Militanz, die Personenschäden bezweckte oder zumindest nicht ausschloss, war aber zu jeder Zeit innerhalb der autonomen Linken heftig umstritten.

In der Zeck sowie in anderen Szenepublikationen stellen radikale linke AktivistInnen regelmäßig bestimmte Kernforderungen auf, an denen sich militantes Handeln orientieren solle: Militante Aktionen müssten verantwortungsvoll vorbereitet und durchgeführt werden, damit die Gefährdung Dritter ausgeschlossen werden könne. So werden

3 O.A.: Militante Praxis. In: *Zeck 142\_2008*, S. 21 f, hier S. 21.

4 Ebd.

5 Einige Autonome auf Reisen: Hamburg. Eine militante Nachbetrachtung. In: *Zeck 179\_2014*, S. 6-8, hier S. 6.

6 Vgl. zur historischen Dimension des politischen Aufruhrs: Walter, Franz (2012): Die Rückkehr des Mobs, in: Alexander Hensel; Daniela Kallinich; Katharina Rahlf (Hg.): Gesellschaftliche Verunsicherung und politischer Protest. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demografieforschung 2011, Stuttgart: ibidem, S. 35-37.

beispielsweise Brandanschläge auf Wohnhäuser abgelehnt, da ein solches Feuer nicht mehr kontrollierbar sei und somit unvorhersehbare Folgen eintreten könnten.<sup>7</sup> Häufig wird außerdem gefordert, dass militante Aktionen für Außenstehende politisch vermittelbar bleiben müssen. Aus dieser Position heraus wird beispielsweise gegen die Beschädigung des Privatbesitzes von Unbeteiligten argumentiert, da bei brennenden Kleinwagen oder verwüsteten Vorgärten kein Verständnis für die jeweilige politische Aktion zu erwarten sei. Andererseits werden Sachbeschädigungen nicht generell ausgeschlossen, beispielsweise wenn mit einem Kleinwagen eine strategisch wichtige Barrikade gebaut werden soll. Auch unter diesen Umständen gelte es aber, jeden Einzelfall genau abzuwägen und die Aktion politisch begründen zu können. Zudem sei besonders wichtig, bei der Wahl der Mittel die eigenen Werte und Ziele nicht aus den Augen zu verlieren, wie eine autonome antifaschistische Gruppe aus Kiel erläutert: »Hierbei ist insbesondere das anarchistische Ideal ›Die Ziele müssen in den Mitteln erkennbar sein< zu beachten. Unsere Mittel dürfen wir nicht am politischen Feind messen, sondern an emanzipatorischen Vorstellungen, die uns vom Feind erst unterscheidbar machen.«<sup>8</sup> Nur weil also dem Staat oder dem politischen Feind im Kampf gegen links jedes Mittel recht sei, legitimiere dies nicht, ebenfalls zu entgrenzter Gewalt zu greifen.

Militante Mittel werden als wichtiger Teil linker Politik verstanden, allerdings weder als wichtigste noch als einzige denkbare Aktionsform. Stattdessen wird immer wieder die wechselseitige Ergänzung verschiedener Aktionsformen betont und gegenseitiger und solidarischer Respekt eingefordert. Dies nimmt sowohl die VertreterInnen militanter als auch betont legaler Ansätze in die Pflicht: So fordern die militanten AktivistInnen von den gewaltfreien Teilen des linken Spektrums, sich nicht von den militanteren Teilen zu distanzieren, gleichzeitig erwartet das gewaltablehnende Spektrum von militanten AktivistInnen, nicht kopf- und rücksichtslos jeglichen politischen Anlass für die eigenen Aktionsformen zu instrumentalisieren. Insbesondere bei Bündnisdemonstrationen müsse sorgfältig abgewogen werden, welche Folgen eine militante Aktion für die Demonstration haben könnte.

Die körperliche Unversehrtheit aller beteiligten DemonstrationsteilnehmerInnen wird als grundlegende Voraussetzung für militante Aktionen beschrieben. Insbesondere Unbeteiligte dürften durch Aktionen nicht gefährdet werden. Regelmäßig kritisiert werden Steinwürfe aus hinteren Reihen, die dann die TeilnehmerInnen der eigenen Demonstration treffen, aber auch das hektische Umrennen von Kindern oder Älteren nach Aktionen sei unbedingt zu vermeiden. Grundsätzlich anders werden allerdings Aktionen gegen die Polizei eingeordnet. Mit Verweis auf die strukturelle Unterlegenheit von unbewaffneten und ungeschützten Demonstrieren gegenüber einer gepanzerten, bewaffneten und gut ausgebildeten Polizei wird bezweifelt, dass die körperliche Unversehrtheit der PolizistInnen durch Stein- oder Flaschenwürfe ernsthaft gefährdet sei. Militanten Aktionen gegen Sicherheitskräfte auf Demonstrationen wird folglich eine andere, insbesondere taktische Bedeutung zugesprochen: »Manchmal werfen wir

7 Vgl. z.B. eine Auseinandersetzung über einen Brandanschlag auf das Wohnhaus eines Nazi-Aktivisten: Einige militante Antifaschist\_innen Kiel: Einige Gedanken zu militärem Antifaschismus. In: *Zeck 151\_2009*, S. 18f.

8 Einige militante Antifaschist\_innen Kiel, S. 19.

Steine und Molotowcocktails, um Grenzen zu markieren und unser ›Nein‹ zu betonen, manchmal um die Polizei auf Distanz zu halten und zurückzudrängen. Uns ist wichtig zu betonen, dass es nicht darum geht, andere zu verletzen.«<sup>9</sup>

Die Frage der Legitimation von Gewalt ist indes innerhalb der linken Szene äußerst umstritten und wird entsprechend intensiv diskutiert. Immer wieder findet sich als Rechtfertigung der Verweis auf andere Formen der Gewalt, auf die die eigene Gewalt lediglich reagiere. Dies kann einerseits konkretes Handeln des Staates oder seiner Sicherheitsorgane sein (beispielsweise, wenn Straßenschlachten als Folge einer insgesamt konfrontativen und auf Eskalation zielenden Einsatzstrategie der Polizei begründet werden), andererseits wird zum Teil auch auf »verdeckte« Formen der Gewalt verwiesen, die der bürgerlichen Gesellschaft inhärent seien.

»Auch die radikale Linke hat sich dem Kampf gegen Gewalt verschrieben, allerdings gegen die Gewalt der Herrschenden bzw. der herrschenden Verhältnisse (strukturelle Gewalt). Sie hat zu Recht darauf bestanden, dass die Gesellschaft auch da, wo sie civilisiert erscheint, auf Gewalt beruht.«<sup>10</sup>

Diese Gewalt zeige sich beispielsweise in der Verteidigung der Grenzen, den Repressionen gegenüber radikaler Opposition oder dem allgemeinen Zwang im kapitalistischen System, seine Arbeitskraft zu veräußern. Anders als die militante Gewalt auf der Straße könnten diese Formen der Gewalt aber leicht übersehen bzw. ignoriert werden. Die pauschale Ablehnung von Gewalt, die sich dann de facto nur gegen die spezifische Form der Gewalt »von unten« richte, stabilisiere so den Status quo:

»Gewaltlosigkeit wird den Schwachen nicht nur gepredigt, sondern abgezwungen. [...]

Die Kritik der Gewalt genau in dem Moment anzusetzen, wo sich die Menschen erheben oder die Unzufriedenen artikulieren, heißt, den hegemonialen Gewaltverhältnissen der Sicherheitsgesellschaft dadurch dienen, dass man den Protest gegen sie schwächt.«<sup>11</sup>

Während einige Gruppen dies als zentrale Legitimationsquelle aufgreifen, weisen andere Gruppen beide Argumentationsmuster zurück: »Wir wollen der Kritik nicht ausweichen, indem wir Militanz zur strukturellen Gewalt ins Verhältnis setzen (Was sind schon ein paar Steine gegen die hungernden Kinder in Afrika?) Wir wollen militante Praxis nicht mit der Reaktion auf staatliche Provokationen oder Übergriffe begründen (Die haben aber angefangen!?).«<sup>12</sup>

Ein weiterer Aspekt der Militanz wird immer wieder problematisiert: Die Gefahr, dass Militanz zur inhaltsleeren Inszenierung von Männlichkeit werde. »Die Motivation für militante Praxis muß stets reflektiert werden. Unhinterfragte Massenmilitanz reproduziert hegemoniale Männlichkeit. Militante Praxis darf kein identitäres Ritu-

9 O.A.: Militante Praxis, S. 21.

10 Antifaschistische Aktion Berlin: Heraus zum revolutionären 1. Mai. Halt, keine Gewalt! In: Zeck 99\_2001, S. 10-12, hier S. 10.

11 Titanic blubb 2,5: Splitter der Nacht. Die Londoner Riots und die gestörte Nachtruhe beim Schanzenfest. In: Zeck 164\_2011, S. 5-9, hier S. 6.

12 O.A.: Militante Praxis, S. 21.

al sein.«<sup>13</sup> Kritisiert wird, dass sich gerade bei eskalierenden Demonstrationen häufig patriarchale Denkmuster zeigen würden:

»Wenn im Rahmen einer heftigeren Konfrontation mit den Bullen auf einer Demonstration gerufen wird: ›Jetzt bitte die Frauen raus aus der ersten Reihe‹ ist dies ebenfalls Ausdruck einer militarisierten Macker-Militanz, deren Selbstverständnis wir für überhaupt nicht militant (im emanzipativen Sinne) halten.«<sup>14</sup>

Insbesondere müsse verhindert werden, dass militante Aktionen ausschließlich zum Ausdruck von Männlichkeit, Stärke oder Gewaltbereitschaft verkommen. Militanter Antifaschismus dürfe sich beispielsweise nicht im berühmt-berüchtigten »Klatschen« von Nazis erschöpfen, weil auf diese Weise jeglicher emanzipatorische Anspruch auf der Strecke bleibe. Wenn Antifaschismus nur aus dem körperlich ausgetragenen Kampf gegen Nazis bestehe, sei er letztlich wirkungslos, weil er die zugrundeliegenden Strukturen (Nationalismus, Rassismus, Sexismus etc.) und ihre gegenseitigen Verflechtungen nicht thematisiere bzw. sogar selbst zur Aufrechterhaltung von hegemonialen Männlichkeitsbildern beitrage.<sup>15</sup>

Dass die linke Szene trotz dieser problematischen Aspekte nicht auf Militanz verzichten kann und möchte, hat insbesondere drei Gründe. Erstens schafft Militanz Aufmerksamkeit. Allerdings äußert sich diese Aufmerksamkeit häufig in einer starken öffentlichen Ablehnung, wie sich beispielsweise in der massenmedialen Berichterstattung über die Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg 2017 gezeigt hat.<sup>16</sup> Aus diesem Grund wird innerhalb der linken Szene immer wieder gefordert, die Aufmerksamkeit, die militante Aktionen mit sich bringen, für die Vermittlung eigener politischer Inhalte zu nutzen: »Militanz schafft Erregungskorridore. [...] Wir müssen uns diese Deutung wieder aneignen und unsere Argumente verstärkt in den Diskurs einbringen. Mehr Aufmerksamkeit für linksradikale Politik!«<sup>17</sup>

Zweitens wird militante Politik aus der Szene selbst häufig als erfolgreich wahrgenommen. Die Besetzung der Roten Flora über einen langen Zeitraum wird beispielsweise immer wieder mit der Entschlossenheit zu militanten Auseinandersetzungen erklärt. Ebenso gelten Blockaden und verhinderte Aufmärsche von Rechten oder die teils

13 O.A.: Militante Praxis, S. 22.

14 O.A.: Einladung – Vorbereitungstreffen für einen »Kongress« für autonome Politik 2011. In: Zeck 160\_2011, S. 9-13, hier S. 13.

15 Vgl. zu Männlichkeitsbildern in der autonomen Szene und inszenierter militanter Haltung Haunss, Sebastian (2014): Wie male ich einen Autonomen? Männlichkeitsbilder auf Plakaten der Autonomen Bewegung. In: Klaus Farin (Hg.): Kerl sein. Kulturelle Szenen und Praktiken von Jungen. Berlin: Archiv-der-Jugendkulturen-Verlag, S. 183-197.

16 Vgl. Sommer, Moritz; Teune, Simon; Harsch, Corinna (o.J.): Journalistische Spielräume. Unterschiede in der Berichterstattung zu #NoG20. Online verfügbar unter [https://g20.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/09/Satellit\\_Journalistische-Spielr\\_C3%A4ume.pdf](https://g20.protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/09/Satellit_Journalistische-Spielr_C3%A4ume.pdf) [zuletzt eingesehen am 08.12.2019]. Vgl. außerdem Jones 2018. Am Beispiel des G20-Gipfels zeigt sich deutlich, wie die gewonnene Aufmerksamkeit mit einer Diskreditierung linker Politik in der öffentlichen Wahrnehmung einhergehen kann, vgl. dazu Lucke, Albrecht von (2017): Die neue Linke und die alte Gewaltfrage. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (8), S. 5-8.

17 O.A.: Militante Praxis, S. 22.

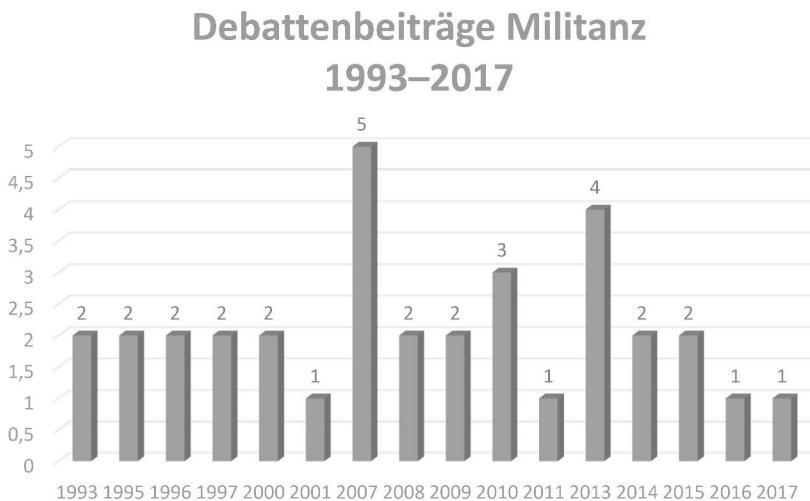
gewaltsam abgelaufenen Massendemonstrationen bei internationalen Großereignissen (z.B. beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007) als politische Erfolge.

Drittens haben Militanz bzw. die Bereitschaft zur Militanz eine äußerst wichtige Funktion für die Konstitution einer kollektiven linksradikalen Identität. Da Militanz zunächst als eine entschlossene und konsequente innere Haltung interpretiert wird, ist die prinzipielle Offenheit für militante Mittel eine der zentralen Trennlinien zwischen radikalen und reformistischen linken Gruppierungen. Um sich selbst zu vergewissern, dass man noch Teil einer radikalen linken Szene ist, wird somit die aktive Bereitschaft zu militanten Aktionen oder zumindest die passive Akzeptanz und öffentliche Verteidigung von Militanz zum konstitutiven Bestandteil der kollektiven Identität. Dies ist auch ein Grund für die obsessive Beschäftigung der linksradikalen Szene mit militanten Aktionen, wie sie sich auch in der *Zeck* zeigt. In beinahe jeder Ausgabe findet sich eine Zusammenstellung von militanten Aktionen, zumeist unter der Rubrik »Volxsport«, wo sowohl Bekennerschreiben als auch Medienberichte über Brandanschläge, Sachbeschädigungen o.Ä. veröffentlicht werden.

Seltener, aber dennoch regelmäßig wird Militanz auch zu einem Diskussionsthema. Anders als im Themenfeld Geschlechterverhältnisse nehmen Debattenbeiträge aber nur einen geringen Anteil der Gesamtbeiträge ein, die überwiegende Anzahl der Artikel im Themenfeld Militanz ist somit nicht Teil einer umfangreicheren Diskussion zu diesem Thema. Von insgesamt 118 Artikeln, die sich im Untersuchungszeitraum mit dem Thema »Militanz« befassen, können lediglich 34 Artikel (29 %) als Debattenbeiträge bezeichnet werden. Dagegen stehen beispielsweise 73 Bekennerschreiben und etliche weitere kurze Berichte, in denen über militante Aktionen berichtet wird. Die tatsächliche Anzahl der dokumentierten militanten Aktionen ist sogar noch weit höher, weil die umfangreichen Sammlungen unterschiedlicher Taten, die sich häufig unter den Überschriften »Volxsport« oder »Dokumentation« in der *Zeck* finden, jeweils nur als ein Artikel gezählt wurden. Die Debattenbeiträge verteilen sich relativ gleichmäßig über den Untersuchungszeitraum; anders als in den Themenfeldern Sexismus oder Antisemitismus gibt es keine eindeutigen Kumulationspunkte, an denen sich eine intensive Diskussion entzündete.

Die marginale Rolle, die Debatten über Militanz einnehmen, kann mehrere Gründe haben: Zunächst könnte vermutet werden, dass das Thema vergleichsweise weniger kontrovers diskutiert wird, dass also mit Blick auf militante Aktionsformen ein weitgehender Konsens innerhalb der linken Szene besteht, der langwierige Diskussionen überflüssig macht. Dies ist allerdings nur zum Teil richtig, denn wie der folgende Abschnitt zeigt, gibt es sehr wohl Differenzen innerhalb der radikalen Linken, Militanz und Gewalt werden punktuell durchaus infrage gestellt bzw. verteidigt. Die Debatten um Militanz finden aber auf einem insgesamt deutlich geringeren Erregungsniveau statt. Dies ist der zweite und möglicherweise wichtigere Punkt: Anders als das Thema Geschlechterverhältnisse hat das Thema Militanz eine vorrangig symbolische Bedeutung für den Großteil der linken AktivistInnen. Während Sexismus und patriarchale Denkmuster das eigene Lebensumfeld sowie das eigene Handeln und das Handeln der MitstreiterInnen direkt beeinflussen, eine Auseinandersetzung mit diesen Themen also jederzeit eine direkte Verknüpfung zum eigenen Alltag hat, ist dies beim Thema Mili-

Abb. 6: Debattenbeiträge im Themenfeld Militanz



Quelle: eigene Darstellung

tanz sehr viel seltener der Fall. Auch Sebastian Haunss weist auf die weitaus stärkere Verknüpfung des Themas Geschlechterverhältnisse mit dem autonomen Alltag hin:

»Die heterosexuelle Orientierung der meisten Autonomen sorgt dagegen in Verbindung mit dem Anspruch, Politisches und Privates nicht zu trennen und das Private den Regeln des Politischen unterzuordnen, für eine unmittelbare Präsenz der Geschlechterverhältnisse im Alltag der AktivistInnen.«<sup>18</sup>

Diskussionen um Sexismus schließen folglich immer auch eine Selbstreflektion und eine Selbstkritik der eigenen Verhaltensweisen mit ein, was zu einer insgesamt emotionaleren und intensiveren Debattenkultur in diesem Themenfeld führt. Militanz spielt dagegen nur in klar abgesteckten, außeralltäglichen Situationen eine bestimmende Rolle, beispielsweise auf Großdemonstrationen.

Dennoch haben die Diskussionen um Militanz eine wichtige Funktion für die Konstruktion einer kollektiven linksradikalen Identität, weshalb im Folgenden drei verschiedene Debatten rekonstruiert werden sollen: Zunächst wird insbesondere das Thema der Rechtfertigung militanter Aktionen bzw. die Frage nach Sinn und Unsinn von Gewalt und Randale regelmäßig diskutiert, beispielsweise im Zusammenhang mit den beinahe schon ritualisierten Krawallen beim Schanzenfest oder bei Erster-Mai-Demonstrationen. Mit welchen Argumenten werden Auseinandersetzungen mit der Polizei abgelehnt oder gerechtfertigt? Welche Ziele verbinden die DiskutantInnen mit ihrer Ablehnung oder Befürwortung der Militanz? Wie haben sich die Diskussionen

18 Vgl. Haunss 2004, S. 152.

über die Zeit hinweg entwickelt? Schließlich: Welche linksradikalen Identitätskonstruktionen werden in diesen Debatten sichtbar?

Mitte der 1990er Jahre wird eine ebenfalls aufschlussreiche Debatte über die militärtanten Aktionen antiimperialistischer Gruppen geführt, in der hauptsächlich über die Bedeutung von Militanz in einer global verstandenen Auseinandersetzung zwischen progressiven und reaktionären Kräften debattiert wird. Die Art und Weise, wie zu diesem Zeitpunkt der positive Bezug auf und die Identifikation von linksradikalen deutschen Gruppen mit Befreiungsbewegungen im Trikont kritisiert werden, verrät viel über die Konstruktion einer linken Identität in dieser Phase der Neubestimmung, weshalb auch diese Diskussion analysiert werden soll.

Drittens soll ein Feld militanter Auseinandersetzungen beleuchtet werden, das häufig komplett übersehen, szeneintern aber äußerst emotional diskutiert wird: die Frage von Gewalt innerhalb der linken Szene. So kommt es beispielsweise im Zuge der Diskussion um Antideutsche und antisemitische Haltungen innerhalb linker Gruppen immer wieder auch zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen linksradikalen Strömungen, die stets heftig umstritten sind. Auch in diesen Konflikten lassen sich relevante Aspekte der kollektiven Identität erkennen.

## **6.1 »Falsche Kritik, famose Krawalle« – Debatten um Sinn und Unsinn militanter Auseinandersetzungen**

Egal, ob es sich um die Abende nach den (zumeist) unangemeldeten Straßenfesten »Schanzenfest« oder nach dem Ersten Mai handelt – man kann sich darauf verlassen, dass es irgendwann vor der Roten Flora zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen kommt. Zum Teil nehmen die Ordnungskräfte kleinere Lagerfeuer oder Sachbeschädigungen an Banken oder Geschäften zum Anlass, einzugreifen und die Straßen zu räumen, zum Teil suchen AktivistInnen die direkte Konfrontation mit den Einsatzkräften. Mal hält sich die Polizei verhältnismäßig lange im Hintergrund, mal ist von einer sehr niedrigschwelligen ›Null Toleranz‹-Einsatztaktik die Rede und schon kleine Vorfälle reichen aus, um die Polizei zum Eingreifen zu bewegen. So oder so sind aber die nächtlichen Katz-und-Maus-Spiele im Schanzenviertel mittlerweile zum festen Ritual nach politischen Großereignissen geworden.

Diese Entwicklung wird auch in der autonomen Szene reflektiert und polarisiert mitunter deutlich: Die Szene teilt sich in BefürworterInnen und KritikerInnen der militärtanten Aktionsformen. Die kritischen Teile der Linken beklagen insbesondere drei problematische Tendenzen: erstens die zunehmende inhaltliche Leere der Aktionen, zweitens die Selbstbezüglichkeit der Randale, deren einziger Zweck eben die Konfrontation mit der Polizei sei, und drittens die Gefährdung übergeordneter Ziele durch blinden Aktionismus. Ihnen gegenüber stehen die BefürworterInnen der Krawalle, die die Aktionen verteidigen und für ihre Ausweitung plädieren.

Prototypisch wird diese Diskussion beispielsweise nach dem 1. Mai 2000 in der Zeck ausgetragen. Im Anschluss an eine Demonstration in der Innenstadt bewegen sich die TeilnehmerInnen zurück ins Schanzenviertel, wo die Demo bereits gestartet war. Schon auf dem Weg werden einige Scheiben eingeworfen, es kommt zu ersten Ausein-

andersetzungen mit der Polizei, die im weiteren Verlauf des Abends vor der Roten Flora ausgeweitet werden. In unmittelbarer Nähe zur Flora werden brennende Barrikaden errichtet, die mehrfach von der vorrückenden Polizei gelöscht werden. Immer wieder flüchten beteiligte AktivistInnen in die Rote Flora, wo an diesem Abend ein Konzert stattfindet. Schließlich wird die Flora von der Polizei umstellt und abgeriegelt. Nach längeren Verhandlungen verzichtet die Polizei zwar auf eine Räumung des Gebäudes; alle Menschen, die sich zu diesem Zeitpunkt im Haus befinden, werden aber zu einer Polizeiwache gebracht und müssen sich erkennungsdienstlich behandeln lassen. Danach entbrennt innerhalb der linken Szene ein Streit darüber, ob es sich bei dem Vorgehen der Polizei um einen lange geplanten Angriff auf die Flora und einen Versuch, einen Einblick in die Szene zu erhalten, gehandelt habe, oder ob nicht vielmehr die MilitantInnen mit ihrem Verhalten ein Eingreifen der Polizei geradezu provoziert hätten und so in unverantwortlicher Weise die anderen Menschen in der Flora bzw. die Flora selbst in Gefahr gebracht hätten.

Die *Drei von der Tankstelle* vertreten in ihrem Artikel »Ein blaues Auge bleibt selten allein« letztere Position exemplarisch.<sup>19</sup> Sie argumentieren, dass das Verhalten der Polizei eher am unteren Ende dessen gelegen habe, was nach den Provokationen und tätlichen Angriffen mit verletzten PolizistInnen zu erwarten gewesen wäre. Dies sei Konsequenz einer längeren Entwicklung der Einsatzstrategie, die immer mehr auf Deeskalation setze, auch wenn dabei natürlich jederzeit die neoliberalen Umstrukturierungsziele im Auge behalten würden. Dass der SPD-geführte Senat auf Verhandlungen mit der Flora dränge, dürfe daher nicht mit einer Abkehr von der Aufwertung und Kommerzialisierung des Viertels verwechselt werden, stattdessen versuche die städtische Regierung lediglich, so wenig (militante) Störungen wie möglich zu riskieren.

»Dabei soll unmittelbare Gewalt aus Sicht des Senates nur insoweit angewendet werden, wie es nötig ist, um nicht das Gesicht zu verlieren. Und vor allem soll sich an der Polizeigewalt kein weitergehender politischer und militanter Widerstand entzünden. Dabei wird, angeleitet durch den Verfassungsschutz, auch auf eine Spaltung in eine kulturelle und eine politische Szene gesetzt. Die Rote Flora soll sich so >stabilisieren< und damit befriedet werden. Insofern meint die SPD aus vergangenen Auseinandersetzungen in den Stadtteilen gelernt zu haben.«<sup>20</sup>

Die AutorInnen sehen in der Flora trotz dieser Domestizierungsbemühungen weiter einen praktischen Widerspruch zur Umstrukturierung, sie sei weiterhin nicht befriedet und nicht integrierbar: »Sie ist damit in Hamburg eines der letzten Laboratorien herrschaftsferner Politik und trägt dazu bei, daß die Erfahrungen mit autonomen Politikformen nicht völlig abreissen«<sup>21</sup> – beispielsweise, indem sie auch nachwachsenden Generationen von AktivistInnen einen konkreten Anlaufpunkt biete, um mit der linksradikalen Szene in Kontakt zu kommen.

---

<sup>19</sup> Die drei von der Tankstelle: Ein blaues Auge bleibt selten allein. Zu den Ereignissen um die Rote Flora am 1. Mai. In: *Zeck* 90\_2000, S. 4f.

<sup>20</sup> Die drei von der Tankstelle, S. 5.

<sup>21</sup> Ebd.

Mit Blick auf die Bedeutung der Flora für die Szene sei der Bau von Barrikaden in ihrer unmittelbaren Nähe daher eine »politische Dummheit«<sup>22</sup> gewesen. Sowohl der medialen Hetze gegen die Flora als Rückzugsraum für KrawallmacherInnen als auch in der Auseinandersetzung mit der Polizei habe die Szene momentan nur wenig entgegenzusetzen, somit würden solche Aktionen die Weiterexistenz der Flora gefährden. Militante Aktionen seien zwar an und für sich richtig (u.a. weil sie die oben betonte Unberechenbarkeit und Unzähmbarkeit der Flora sicherstellen würden), allerdings wären andere Formen sinnvoller gewesen: »Die nächtliche Vertreibung des Yippiepacks aus den der Roten Flora gegenüberliegenden Cafés wäre vielleicht der bessere Weg gewesen, um den Marginalisierungs- und Verdrängungsprozessen symbolisch etwas entgegen zu setzen.«<sup>23</sup> Die Randale vor der Flora habe dagegen keinen tieferen Sinn verfolgt:

»Auch stellt sich die Frage, was die Randale vom 1. Mai denn bewirken sollte? Einen politischen Zweck erfüllen Barrikaden in der Regel dann, wenn sie etwas verteidigen (besetzte Häuser) oder eine Route blockieren sollen (Atommülltransporte). Beides war vor der Roten Flora nicht gefragt.«<sup>24</sup>

Die AutorInnen beklagen auch die mangelnde Planung der AktistInnen, die sich keine Gedanken um mögliche Rückzugsmöglichkeiten jenseits der Flora gemacht hätten, was »vor nicht allzu vielen Jahren« noch eine Selbstverständlichkeit gewesen sei.

Letztlich plädieren die AutorInnen nicht generell gegen militante Aktionen, sie fordern lediglich, dass dem konkreten Handeln ein politischer Diskussionsprozess vorgehen müsse, in dem man sich auf eine gemeinsame Strategie verständige – anderenfalls sei die Szene immer im Nachteil:

»Während der Hamburger Senat eine integrierte Strategie von Repression und Umstrukturierung verfolgt, gibt es auf der Seite der radikalen Linken keine entsprechende Abstimmung von Militanz und politischer Situation. Das führt wie jetzt in die Defensive und unter Umständen auch in die nächste schwere Niederlage.«<sup>25</sup>

In der folgenden Ausgabe der *Zeck* werden die *Drei von der Tankstelle* für ihre Ausführungen deutlich kritisiert. Aufschlussreich ist bereits, wie sich die AutorInnen der Kritik gleich zu Beginn des Textes positionieren: »Vorab: Grundlage dieses Schreibens ist eine Diskussion von GenossInnen, die sich in der Nacht vom 30.4. auf den 1.5. vor der Roten Flora aufgehalten haben.«<sup>26</sup> Damit machen die VerfasserInnen direkt klar, dass sie aus eigener, unmittelbarer Erfahrung sprechen – anders als sie den von ihnen kritisierten AutorInnen unterstellen: »Die ganze Kritik scheint uns aufgesetzt, wir haben gar den Eindruck, die 3 von der Tankstelle haben den Abend an der Tanke verbracht.«<sup>27</sup>

Zunächst widersprechen sie der unterstellten Ziellosigkeit der Krawalle: »Nun sind einige ausgewählte Objekte angegangen worden. Nach unseren Beobachtungen wurde

<sup>22</sup> Die drei von der Tankstelle, S. 5.

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> Militante Panternichten und Panterneffen: »This is not a justification song«. Einige Bemerkungen zu dem Papier »Ein blaues Auge bleibt selten allein«. In: *Zeck* 91\_2000, S. 11f., hier S. 11.

<sup>27</sup> Militante Panternichten und Panterneffen, S. 12.

dabei umsichtig und verantwortungsvoll vorgegangen.« Die Polizei habe in dieser Situation allerdings immer wieder äußerst brutal angegriffen, etliche Leute seien verletzt worden. Vor dem Festsetzen der Menschen in der Flora habe sich die Lage aber längst beruhigt, es hätten keine weiteren Aktionen und insbesondere keine (weiteren) Angriffe auf die Polizei stattgefunden. Der Polizeieinsatz sei in dieser Form also mitnichten Ausdruck einer deeskalierenden Einsatztaktik gewesen, sondern wird als gezielte Eskalation dargestellt: Erst die Aktionen der Polizei hätten dafür gesorgt, dass die Randale immer weiter verlängert worden sei.

Im weiteren Verlauf des Textes wird die Kritik an den *Drei von der Tankstelle* persönlicher:

»Uns ging vor allem der klugscheißende Ton des Papiers auf den Geist. [...] Tumben AktivistInnen wird in altväterlicher Manier doziert, dass sich in den guten alten Zeiten Militante immer Rückzugswege überlegt haben und generell verantwortungsvoller agierten. Es folgt ein Schnellkurs über den Sinn und Zweck von Barrikaden.«<sup>28</sup>

Den Vorwurf, dass man die Flora durch militante Aktionen in ihrem Umfeld gefährde, weisen die AutorInnen vollständig zurück. Für sie gibt es keinen Selbstzweck der Flora, entscheidend sei ihr strategisches Potenzial:

»Für uns besteht eine Funktion der Flora genau darin, dass dort Bullen nicht mal eben so reinkommen und dass Flüchtigen selbstverständlich die Flora zur Verfügung steht. Und die Geschichte der Flora ist immer auch mit militanten Auseinandersetzungen im Schanzenviertel verbunden worden, in deren Verlauf sich Leute in die Ruine flüchteten oder zurückzogen, und das ist gut so.«<sup>29</sup>

Die militanten Aktionen werden somit erstens konkret verteidigt, obgleich kritisch eingewendet wird:

»Wenn auch relativ zielgerichtet während der Randale gehandelt wurde (was sich auch darin ausdrückt, dass es so gut wie keine Schäden an kleinen Geschäften und Autos gab) soll nicht unterschlagen werden, dass auch einiges Unsinniges gelaufen ist und eine ganze Menge besoffene Figuren das Bild mitbestimmten.«<sup>30</sup>

Zweitens wird Militanz auch allgemein als notwendig dargestellt, um nicht »in der bloßen Analyse und Kritik der Verhältnisse [zu verharren].«<sup>31</sup> Die Bereitschaft zur Militanz gefährde die Flora nicht, sondern sichere – im Gegenteil – ihren konkreten Fortbestand.

Als Ursache für Krawalle werden in der *Zeck* häufig soziale Konflikte und gesellschaftliche Verwerfungen identifiziert.<sup>32</sup> Auf diese Weise widersprechen die AutorIn-

28 Militante Panternichten und Panterneffen, S. 12.

29 Ebd.

30 Ebd.

31 Ebd.

32 Vgl. zu den sozialen Ursachen von Krawallen auch Walter, Franz (2017): Protest und Militanz. In: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung. Online verfügbar unter [www.demokratiegoettingen.de/blog/protest-und-militanz](http://www.demokratiegoettingen.de/blog/protest-und-militanz) [zuletzt eingesehen am 25.10.2020] sowie ausführlicher Walter, Franz (2017): Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 115-124.

nen der in den Massenmedien verbreiteten Einschätzung von »grundlosen« oder »unpolitischen« Krawallen, die zum Teil auch innerhalb der linken Szene selbst aufgegriffen wird. Die Leute, die sich an militärischen Aktionen beteiligen, seien schlicht Menschen, »die sich von den Bullen einfach nicht (mehr) jeden Scheiß gefallen lassen.«<sup>33</sup> Dass es überhaupt ein großes Potenzial von wütenden Menschen gebe, habe nicht nur mit konkreten Konflikten in Hamburg zu tun, sondern müsse mit der bundespolitischen Sozialpolitik erklärt werden: Die Bereitschaft zu Ungehorsam sei

»auch Ausdruck, in Zeiten der sozialen Verschärfung durch Hartzpakete und Sozialabbau sich repressiven Gesellschaftsentwürfen nicht widerstandslos unterzuordnen, sondern das Leben selbst und jenseits von staatlicher Einflussnahme organisieren zu wollen. [...] Wer an der Existenzgrenze lebt und sich täglich anhören muss, was weiter auf ihn zukommt, hat allen Grund auf den Staat wütend zu sein.«<sup>34</sup>

2008, also acht Jahre nach den Diskussionen über die Barrikaden vor der Flora, zeigt sich, dass die Diskussion noch nicht entscheidend weitergekommen ist. Erneut kommt es im Anschluss an eine Demonstration (dieses Mal im Zusammenhang mit Protesten gegen die Einheitsfeierlichkeiten am 3. Oktober) zum Bau von Barrikaden vor der Flora, wieder wird daran kritisiert, dass solche Aktionen nichts brächten, dass man nicht das eigene Viertel zerstören solle und dass überdies die Flora durch sinnlose Militanz in ihrer Existenz gefährdet werde. Diese Argumentationsweise wird in einem Beitrag in der Zeck von *Grobi* fundamental kritisiert:

»Dem zugrunde liegt einerseits eine Sicht auf den Stadtteil, die einen theoretischen Rückschritt in die 80er Jahre bedeutet, andererseits ein vordergründig taktisches Verhältnis zu Militanz, das im konkreten dann aber häufig doch deren Delegitimation zugunsten breiterer Interventionsformen und Bündnispolitik beinhaltet.«<sup>35</sup>

Mittlerweile habe sich ein differenzierterer und komplexerer Blick auf Herrschaft etabliert, der Herrschaft nicht nur als vertikales Prinzip von oben nach unten betrachte, sondern auch als horizontales Phänomen. Daraus folgend sei das »eigene« Viertel eben kein Rückzugsort von potenziellen revolutionären Subjekten, die lediglich aufgeklärt und aktiviert werden müssten, sondern vielmehr Schauplatz aller möglichen Formen von Diskriminierung und Machtverhältnissen. Linksradikale Politik müsse daher auch die Verwerfungen im eigenen Viertel thematisieren und angehen. Somit wandle sich autonome Politik von einer Art Interessensvertretung der ViertelbewohnerInnen zum Störfaktor im eigenen Quartier. »Ein politisches Verständnis, welches meint, im Interesse eines Viertels handeln zu müssen, ist eine weitere bedenkliche Figur in dieser Argumentation. Es bezieht Standpunkt für eine identitäre Heimeligkeit, die jede politische Diskussion der letzten Jahre außer Acht lässt.«<sup>36</sup>

Auch der Forderung nach Verzicht auf Krawalle, um die Existenz der Flora zu schützen, wird eine klare Absage erteilt. Genau wie in den Vertragsdiskussionen (vgl. dazu

33 Partypatrol: Schanzenviertelfest. Von einer Feier, ein paar Feuern und einigem Unmut. In: *Zeck* 122\_2004, S. 32f., hier S. 33.

34 Ebd.

35 Grobi: Kollateralschaden der Gentrifizierung. In: *Zeck* 147\_2008, S. 7f., hier S. 7.

36 Ebd.

auch Abschnitt 7.1), so müsse die Flora auch im alltäglichen Handeln absichtlich aufs Spiel gesetzt werden. Andernfalls drohten die endgültige Befriedung und die Integration der Flora in die Aufwertung und Umstrukturierung des Schanzenviertels. »Durch eine ›Krawall-Bannmeile‹ würde sie zu einem Befriedungsfaktor und wäre als Projekt wie in der Vertragsfrage als Ganzes in Frage gestellt.«<sup>37</sup>

Militanz dürfe zwar nicht kritiklos gefeiert werden, sei aber dennoch

»unverzichtbar, um die herrschenden Verhältnisse anzugreifen und emanzipatorische Veränderungen in Gang zu bringen. Es ist notwendig, über Ziele, Fehler und Erfolge zu diskutieren. Allerdings sei es falsch, davon auszugehen, es gäbe nur eine ›politisch korrekte‹ Form des Krawalls und eine ›sinnlose‹.«<sup>38</sup>

Gerade aus Fehlern im Umgang mit Militanz könne viel gelernt werden. Wichtig sei, dass Militanz kein konkretes Ziel verfolgen müsse, an dem danach die Sinnhaftigkeit oder Nützlichkeit des Vorgehens gemessen werden könne. Stattdessen seien die individuelle Verweigerung und die kollektive Sperrigkeit bereits per se wichtige politische Ausdrücke. Ohne damit ein strategisches Ziel zu verfolgen, werde der Akt der Militanz zu einer politischen Intervention: »Es hinterlässt Fragen und fordert das staatliche Gewaltmonopol heraus. Und in Zeiten in denen uns so oft die Antworten fehlen, wird das Fragen immer wichtiger.«<sup>39</sup>

Die Verantwortung für die mittlerweile ritualisierten Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Schanzenfest sehen *Autonome im Viertel* ausschließlich bei den staatlichen Stellen. Das Fest sei im Prinzip bis heute friedlicher und ruhiger als andere Massenveranstaltungen mit zehntausenden Teilnehmenden. Dass es überhaupt zu Eskalationen komme, sei Folge der Polizeitaktik in der Vergangenheit: »Erst durch die völlig unnötigen Polizeieinsätze der Vergangenheit eskalierten die Auseinandersetzungen nach dem Schanzenfest zur heutigen sich selbst erfüllenden Prophezeiung.«<sup>40</sup> Die ersten Angriffe der Polizei seien von kleinen Lagerfeuern ausgelöst worden, an denen einige wenige Menschen singend, Gitarre spielend und Bier trinkend gefeiert hätten. Nachdem die Einsätze der Polizei Jahr für Jahr an Intensität zugenommen hätten, sei irgendwann mit verstärkter Gegenwehr reagiert worden.

»Bis hin zu dem Zeitpunkt, wo es von vielen Jugendlichen und Flaneur\_innen als nicht mehr notwendig erachtet wurde, darauf zu warten, bis die Polizei kommt und eine\_n verkloppt, sondern dieser zuvorgekommen wird. [...] Das heutige, von vielen beklagte Straßenschlachtritual ist eines, das zu keinem Zeitpunkt vom Fest gesucht oder geschaffen worden ist, sondern dessen Entstehung einzig und allein von Polizei und Politik zu verantworten ist!«<sup>41</sup>

Neben dieser klassischen Legitimation von Militanz als Reaktion auf staatliches Vorgehen findet sich auch der Hinweis auf tieferliegende Ursachen: Die Ausschreitungen

<sup>37</sup> Grobi, S. 7.

<sup>38</sup> Grobi, S. 8.

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> Autonome im Viertel: Die Büchse der Pandora. Schanzenviertelfest, Runde Tische und Krawallambiente. In: *Zeck* 147\_2008, S. 9-11, hier S. 10.

<sup>41</sup> Ebd.

seien eben nicht bloßes Gewaltritual, sondern eine Folge von sozialen Konflikten und Ausgrenzungsprozessen.

»Die Krawalle nach dem Fest haben nichts ursächlich mit dieser Veranstaltung, aber viel mit den repressiven Verhältnissen zu tun. [...] Der Feuerschein am Abend des Schanzenfestes bildet insofern nicht nur ein lokales Erlebnis- und sperriges Protestbedürfnis von Jugendlichen ab, sondern ebenso das Hintergrundflackern eines viel weitreichenderen und politischeren Konfliktfeldes. [...] Wasserwerfer werden auf Dauer nicht ausreichen, um diesen Schwelbrand und seine lokalen Flammenausbrüche zu bändigen!«<sup>42</sup>

Es sei unvermeidbar, dass unter diesen Umständen die Forderung der städtischen Politik, das Fest anzumelden, und die Ankündigung, es anderenfalls weitgehend zu be- oder verhindern, lediglich eine weitere Eskalationsrunde einläuteten. Selbst die Polizei habe mittlerweile eingesehen, dass eine Duldung des Festes der pragmatischste Weg sei, mit der Situation umzugehen, und alle anderen Maßnahmen die Spannungen lediglich verstärken würden. Dass die Politik dennoch mit einem harten Einsatz drohe, sei Folge der »Ideologie der Bekämpfung angeblich rechtsfreier Räume und knüpft direkt an die Angriffe gegen die Hafenstraße oder die Rote Flora an.«<sup>43</sup>

Einen differenzierten Versuch, die militanten Aktionen rund um das Schanzenfest 2009 zu bewerten, unternehmen *Die üblichen Verdächtigen*. Nach dem Fest im Juli haben die AutorInnen positiv hervor, dass die Auseinandersetzungen gut vorbereitet gewesen seien, dass sich sehr viele Menschen daran beteiligt hätten und dass die Randale auf beinahe das gesamte Viertel ausgeweitet worden sei. Dies habe es der Polizei beinahe unmöglich gemacht, die Lage wieder unter Kontrolle zu bekommen, sodass zum einen »rechtsfreie« Orte entstanden seien, zu denen die Polizei relativ lange nicht habe vordringen können; zum anderen habe es auch direkte Angriffe auf Zivilbeamte gegeben, was die Polizei insgesamt stark verunsichert habe. Im Zuge der unübersichtlichen Situation sei es auch möglich gewesen, an anderen Orten aktiv zu werden, explizit genannt wird hier der Angriff auf die Polizeistation ›Lerchenwache‹ (mehr dazu weiter unten).

Trotz dieser Aufzählung bedauern die AutorInnen: »Weniger positiv war, dass es wieder einmal eine reine Auseinandersetzung mit den Bullen war. [...] Vor allen Dingen im Rahmen des direkten Angriffs der Bullen auf das Fest und der militänten Reaktion darauf ist einiges schief gelaufen, was sich so nicht wiederholen darf.«<sup>44</sup> Die vorrückende Polizei sei mit Steinen und Pyrotechnik beworfen worden, wobei etliche Wurgeschosse aber normale FestbesucherInnen und die Menschen, die die Bühne abbauen wollten, getroffen hätten. Daher appellieren die VerfasserInnen:

»Wenn ihr aktiv werdet, dann nur, wenn ihr sicher seid, dass ihr niemanden gefährdet, außer denen, denen es gilt. Beschmeist nicht die eigenen Leute und werft nur, wenn

---

42 Autonome im Viertel, S. 10f.

43 Autonome im Viertel, S. 11.

44 Die üblichen Verdächtigen: Hallo allerseits. In: Zeck 152\_2009, S. 8.

ihr bestimmen könnt, wo euer Wurf auch landet. Es ist besser, wenn 10 Steine nicht geworfen werden, als dass Leute von uns oder Unbeteiligte verletzt werden.«<sup>45</sup>

Trotz dieser Einschränkungen ziehen *Die üblichen Verdächtigen* ein positives Fazit: Der brutale Einsatz der Polizei bei der Räumung des Festes habe bei vielen BesucherInnen für Verständnis für die Autonomen und das militante Vorgehen gegen die Polizei gesorgt. Mit Blick auf das für September angekündigte zweite Schanzenfest in diesem Jahr entwerfen sie daher zwei unterschiedliche Szenarien:

»Unsere Politik und unsere Aktionen leben davon, dass sie vermittelbar sind und verstanden werden. Wenn sich die Bullen also am 12.09. zurückhalten sollten, dann denkt daran, dass es bei allem, was ihr tut, auch um die Akzeptanz der radikalen Linke und der Flora im Viertel geht! Vielleicht verbringen wir die Nacht einfach feiernd. Wir laufen sonst Gefahr, alle Pluspunkte, die wir gewonnen haben, mit einem Mal wieder zu verspielen. Sollten die Bullen allerdings genauso auftreten wie letztes Mal, dann sollten wir noch besser agieren und ihnen einmal mehr zeigen, was wir vom staatlichen Gewaltmonopol halten!«<sup>46</sup>

Die *Gruppe Immer Ärger im Revier* nimmt in ihrem Artikel zu dem oben bereits angesprochenen Angriff auf die Lerchenwache ausführlicher Stellung.<sup>47</sup> Dieser Angriff hatte medial ein äußerst breites Echo ausgelöst u.a. weil viele KommentatorInnen darin eine neue Dimension der Gewalt gegen PolizistInnen entdeckten. Am 3. Dezember 2009 hatte eine größere Gruppe Vermummter die Polizeistation in der Lerchenstraße attackiert. Dabei wurden Scheiben eingeschlagen und ein vor dem Gebäude parkender Streifenwagen in Brand gesetzt. Der Haupteingang der Wache wurde mit einem Fahrradschloss verriegelt, herauseilende Beamte mit Steinen beworfen, die Flucht der AngreiferInnen mit sogenannten Krähenfüßen, die eine Verfolgung mit Fahrzeugen verhinderten, abgesichert. Die Polizei ermittelte wegen versuchten Mordes und sprach von einem »feigen Angriff«. Die TäterInnen hätten angeblich mit fingierten Hilferufen versucht, PolizistInnen aus dem Gebäude zu locken, um diese dann mit Steinen schwer zu verletzen; außerdem habe man versucht, die Wache in Brand zu setzen und zeitgleich die Fluchtwiege zu versperren.<sup>48</sup>

Der Angriff wurde in der Folge auch in linken Kreisen kontrovers diskutiert.<sup>49</sup> Scheinbar hatten die AngreiferInnen mit ihrer Aktion den linken Konsens bezüglich

45 *Die üblichen Verdächtigen*, S. 8.

46 *Ebd.*

47 Gruppe »Immer Ärger im Revier«: Wer keine Angst vor der Verteilung hat, wagt es, den Kaiser vom Pferd zu ziehen. Einige ergänzende Anmerkungen zum Angriff auf die Lerchenwache. In: *Zeck* 154\_2010, S. 19-21.

48 Vgl. z.B. Zand-Vakili, André (2009): Angriffe auf Polizisten erreichen neue Dimension. Staatsschutz ermittelt. In: *Welt.de*, 04.12.2009. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/regionales/hamburg/articles/427326/Angriffe-auf-Polizisten-erreichen-neue-Dimension.html> [zuletzt eingesehen am 08.12.2019].

49 Vgl. z.B. die Kritik eines bloggenden Anwohners aus dem Schanzenviertel: o.A. (2009): Warum der Angriff auf die Lerchenwache uns alle schwächt. In: *Schanzenpolitik*, 04.12.2009. Online verfügbar unter [https://schanzenpolitik.wordpress.com/2009/12/04/lerchenwache/\[zuletzt eingesehen am 08.12.2018\]](https://schanzenpolitik.wordpress.com/2009/12/04/lerchenwache/[zuletzt eingesehen am 08.12.2018]).

militanter Aktionen verlassen, indem sie die körperliche Unversehrtheit der PolizistInnen nicht nur fahrlässig gefährdet, sondern es geradezu darauf angelegt hätten, einzelne Beamte gezielt zu verletzen. Dieser Lesart wird in der *Zeck* widersprochen. Die AutorInnen stellen gleich zu Beginn des Textes klar, dass sie selbst zwar nicht am Angriff beteiligt gewesen seien, die Aktion aber gutheißen. Die Art und Weise, wie innerhalb der linken Szene über die Tat diskutiert werde, sei unsolidarisch und falsch und müsse daher dringend korrigiert werden. Die Presse habe sich in ihrer Darstellung der Ereignisse weitgehend unkritisch auf die Variante der Polizei gestützt und Unstimmigkeiten nicht ausführlicher thematisiert. Allein dies sei bereits kritikwürdig, weitaus schlimmer sei aber, dass auch Teile der linken Szene ihre Kritik an der Aktion auf die Pressemeldung der Polizei bzw. die Berichterstattung in den Massenmedien stützen würden: »Ekelerregend wird es, wenn innerhalb der Linken auf Basis von Staatschutzlegenden die Aktion kritisiert wird.«<sup>50</sup>

Zwar sei es selbstverständlich legitim, den Angriff zu kritisieren. Allerdings: »Wenn hinter einer Kritik allerdings nur steckt, militante Praxis überhaupt zu denunzieren, sollen die Leute das auch genauso formulieren.« Ebenso wird das Argument zurückgewiesen, dass man mit solchen Aktionen lediglich einen Vorwand für noch stärkere staatliche Repression und Überwachung liefere:

»Ein weiterer Standpunkt behauptet, diese Aktion habe nichts weiter als Repression gegenüber der gesamten Linken zur Folge. Ihre Protagonisten sind vermutlich ganz zufrieden mit den politischen Verhältnissen und haben sich in ihrer Rolle als verbalradikale Linke bestens etabliert und arrangiert. Mit solchen Argumenten wird militante linksradikale Politik seit fast 40 Jahren angegriffen und denunziert. Eine politische Strategie, die militante Interventionen nur in Abhängigkeit von staatlicher Repression begreift, hat nichts weiter zum Ziel, als die Verhältnisse so zu lassen, wie sie sind.«<sup>51</sup>

Wenn Militanz lediglich als Reaktion auf staatliche Übergriffe akzeptiert werde, sei die Linke auf eine defensive Sicht auf die Welt reduziert – Ziel müsse aber sein, den herrschenden Verhältnissen offensiv entgegenzutreten.

Die AutorInnen gehen ausführlich auf die Pressemitteilung der Polizei ein und versuchen nachzuweisen, dass die Aktion nicht gegen den linksradikalen Konsens verstossen habe: »Wir glauben, dass es ein Konsens innerhalb der militant agierenden Linken ist, mit solchen Aktionen Menschen nicht vorsätzlich zu schaden und die Gefährdung Unbeteiliger auszuschließen und dass die Aktion am 03. Dezember 2009 genau unter diesen Voraussetzungen lief.«<sup>52</sup> Es sei in sich widersprüchlich, dass die Polizei einerseits behaupte, dass Beamte heimtückisch nach draußen gelockt worden seien, um sie dann zu attackieren, andererseits aber berichte, dass die Eingangstüren mit einem Fahrradschloss blockiert worden seien. Auch die Steinwürfe auf die herauseilenden PolizistInnen werden anders bewertet: »Die beiden auftauchenden Bullen sollten

---

50 Gruppe »Immer Ärger im Revier«, S. 20.

51 Gruppe »Immer Ärger im Revier«, S. 19.

52 Gruppe »Immer Ärger im Revier«, S. 20.

eingeschüchtert und vertrieben, ganz sicher aber nicht schwer verletzt oder gar getötet werden. Und dies ist auch ohne Verletzung gelungen!!«<sup>53</sup>

Die AutorInnen begründen relativ ausführlich, warum die Polizei im Allgemeinen und die Lerchenwache im Besonderen ein sinnvolles Ziel linker Militanz seien: Seit den 1990er Jahren seien PolizistInnen aus der Lerchenwache regelmäßig durch rassistische Übergriffe aufgefallen; die Polizei sei zudem insgesamt ein repressives Organ, das jeglichen gesellschaftlichen Widerspruch mit Gewalt beantworte, darüber hinaus würden immer mehr bürgerliche Freiheiten von der Polizei außer Kraft gesetzt. Der Angriff auf die Lerchenwache sei daher eine offensive Aktion gegen einen autoritär-präventiven Sicherheitsstaat gewesen und allein deshalb schon zu begrüßen, weil er »deutlich macht, dass militanter linker Widerstand politische Verantwortliche benennt, gesellschaftliche Zusammenhänge offenlegt und in direkten Aktionen exemplarisch angeht.«<sup>54</sup>

Diese inhaltliche Fundierung der Aktion ist auch aus dem Grund entscheidend, dass nach den üblichen Krawallen rund um den Ersten Mai oder die Schanzenfeste stets der Vorwurf aufkommt, es habe sich um unpolitische Ausschreitungen durch frustrierte und/oder betrunkene Jugendliche gehandelt. Diese Einschätzung wird interessanterweise nicht nur innerhalb der linken Szene formuliert, sondern auch in der massenmedialen Berichterstattung (wobei zumeist unklar bleibt, wo genau der qualitative Unterschied zwischen »politischen« und »unpolitischen« Krawallen liegt). Aus diesem Grund finden sich in der *Zeck* immer wieder Versuche, die angebliche Inhaltslosigkeit der Randale zu widerlegen, zu rechtfertigen oder auch umzudeuten.

Die AG *Repression und Solidarität* argumentiert gegen das Bild einer »entpolitisierten Jugendgewalt«, die sich am Ersten Mai 2010 gezeigt habe, und verweist auf die inhärente politische Dimension der Gewalt. Die Randale sei eine Ausdrucksmöglichkeit für diejenigen Teile der Jugendlichen, deren Interessen normalerweise unbeachtet blieben:

»Am 1. Mai haben sie sich zu Wort gemeldet. Mit denen, die hier als überflüssig abgeschrieben werden oder jenen, denen die Verhältnisse hier einfach so nicht passen. Der Krawall war im besten Sinne ein Kampf um das Recht auf Stadt und ist verwoben in diese politische Auseinandersetzung.«<sup>55</sup>

Die AutorInnen verweisen zwar auch darauf, dass nicht alle, die sich an den Ausschreitungen beteiligten, dies aus einer linksradikalen Motivation tun würden, betonen aber dennoch die Gemeinsamkeiten:

»Was sie und uns verbindet, ist keine Ideologie oder feststehende Utopie, sondern die Unzufriedenheit und der Wunsch, dass etwas anders wird. [...] Denn wir distanzieren uns nicht von dem Krawall auf der Straße, sondern erklären uns solidarisch und sind ein Teil der Unzufriedenheit, die am 1. Mai die Straßen unsicher gemacht und damit zum Politikfeld erklärt hat.«<sup>56</sup>

Die Gewalt als ziellos und überraschend darzustellen, sei grundlegend falsch:

53 Gruppe »Immer Ärger im Revier«, S. 19.

54 Gruppe »Immer Ärger im Revier«, S. 21.

55 AG *Repression und Solidarität: 1. Mai: Schanze, Krawalle und Solidarität*. In: *Zeck 157\_2010*, S. 7f., hier S. 7.

56 Ebd.

»Gewalt im Alltag entsteht nicht aus heiterem Himmel, sondern ist Ergebnis und Folge der politischen und sozialen Realität. [...] Es ist schon seltsam: Seit Jahren prognostizieren Gewerkschaften, linke Politiker und Medien, dass es nur eine Frage der Zeit wäre, bis es nach den Unzumutbarkeiten von Hartz IV, Bankenkrisen oder aufgrund steigender Arbeitslosenzahlen knallen müsse. Nun knallt es und alle fühlen sich eifrig bemüht, dies als unpolitisches Jugendphänomen abzutun.«<sup>57</sup>

Die AutorInnen hingegen sehen in den Ausschreitungen einerseits die Antwort auf die Ungerechtigkeiten des Alltags, andererseits eine Reaktion auf die nicht sichtbaren Formen von Gewalt, die alle Menschen umgäben und häufig nur schwer benannt werden könnten.

»Nicht alles, was am 1. Mai vorgefallen ist, finden wir gut. Aber Sachbeschädigung und die Formulierung von Begehren durch das Aufbrechen des Straßenpflasters empfinden wir als konstruktiven Ausdruck, um die stumme Gewalt, die uns umgibt, überhaupt sichtbar zu machen.«<sup>58</sup>

Unklar bleibt in diesem Text allerdings, ob sich Gewalt und Randale tatsächlich in die politische Richtung weiterentwickeln können, die von den AutorInnen erwartet oder zumindest erhofft wird. Ob Frust und Unzufriedenheit, ökonomische Ausbeutung und gesellschaftliche Prekarisierung in eine linksradikale Haltung münden oder sich in eine vollkommen gegensätzliche Richtung weiterentwickeln, erscheint zwar zunehmend fraglich, wird aber an dieser Stelle nicht weiter problematisiert.

Anders sieht das in dem Essay »Splitter der Nacht«<sup>59</sup> aus, in dem sich ein Zusammenhang aus der Roten Flora unter der Bezeichnung *Titanic blubb 2,5* ausführlich mit den Ausschreitungen beim Schanzenfest 2011 und den daran anschließenden Diskussionen um deren politische Einordnung beschäftigt. Hier setzen sich die AutorInnen differenzierter mit der Rolle und Funktion von Gewalt auseinander, auch wenn sie grundsätzlich eine ähnliche Haltung vertreten wie die AG *Repression und Öffentlichkeit*. Auch hier wird gegen die angebliche Entpolitisierung von Gewalt argumentiert, indem der den Ausschreitungen inhärente politische (und eventuell auch progressive) Gehalt herausgearbeitet wird.

Die AutorInnen sehen die TeilnehmerInnen des Schanzenfestes (und der daran anschließenden Ausschreitungen) als eine Multitude, also als ein temporäres offenes Netzwerk von Menschen, die sich auf Basis eines eng begrenzten Konsenses zusammenfinden, gemeinsam handeln und danach wieder auseinandergehen.<sup>60</sup> Dieses Handeln sei ein zutiefst ambivalentes Moment, da dieser Situation zwar einerseits eine Chance auf Fortschritt, andererseits aber auch eine Chance auf Recessus innewohne – es sei eben ein »Raum für die Heterogenität und Uneindeutigkeit des Politischen.«<sup>61</sup> Die AutorInnen

57 AG *Repression und Solidarität*, S. 8.

58 AG *Repression und Solidarität*, S. 7.

59 Vgl. *titanic blubb 2,5*.

60 Die AutorInnen des Artikels beziehen sich mit dieser Begriffswahl offensichtlich auf die Arbeiten von Antonio Negri und Michael Hardt, vgl. dazu grundlegend Hardt, Michael; Negri, Antonio; Atzert, Thomas (2003): *Empire. Die neue Weltordnung*. Durchges. Studienausg. Frankfurt a.M.: Campus.

61 *Titanic blubb 2,5*, S. 5.

grenzen sich somit von einer grundsätzlich affirmativen Haltung ab, die »dazu neigt, die ›Gewalt von unten‹ zu ästhetisieren und zu vereindeutigen, statt sie politisch als ein immer auch in sich gebrochenes Ereignis zu bestimmen.«<sup>62</sup> Andererseits verwahren sie sich aber auch gegen eine generell skeptische Lesart der Krawalle: »Die Haltung einer pauschalen Kategorisierung der Krawalle als unpolitisches Ereignis macht sich allerdings zu einem verbalen Wassereimer, um ein Feuer zu löschen, ohne über dessen Entstehung etwas zu sagen, das über die übliche mediale Verurteilung vermeintlich erlebnisorientierter Jugendlicher hinausgeht.«<sup>63</sup>

In der Folge argumentieren die AutorInnen ähnlich wie die AG *Repression und Öffentlichkeit*: Auch sie kritisieren die »stumme Gewalt«, die alles und jeden umgebe, die aber weitgehend unsichtbar sei. Der Aufruhr auf der Straße hingegen sei weniger alltäglich und somit sichtbarer, was bei vielen Menschen jedoch dazu führe, nur diese Form der Gewalt wahrzunehmen und alle anderen Formen der staatlichen, strukturellen Gewalt einfach auszublenden. Auf diese Weise werde letztlich das hegemoniale System aufrechterhalten, weil Protest dagegen stigmatisiert und geschwächt werde. Auch diejenigen Teile der Linken, die die Krawalle als unpolitisch oder ziellos kritisierten, beteiligten sich auf diese Weise an der Stabilisierung der Sicherheitsgesellschaft. Die AutorInnen setzen eine grundsätzliche Solidarität dagegen:

»Mensch muss längst nicht alles gut finden, was passiert, um in der gestörten Nacht-ruhe auf dem Schulterblatt trotzdem einen emanzipatorischen Gehalt zu sehen. Wir sagen den Jugendlichen nicht ›Lasst die Steine liegen‹, wir sagen ihnen nicht ›Keine Gewalt‹, wir sagen ihnen nicht ›Habt keine Hoffnung auf ein anderes Leben.‹«<sup>64</sup>

Die Ausschreitungen und Krawalle werden von den AutorInnen als eine Art Suchbewegung beschrieben, in der AktivistInnen Ideen entwickeln, solidarische Praxis ausprobieren und Grenzen festlegen könnten; dass dabei auch destruktives Verhalten entstehe, sei unvermeidlich: »Wir werden als politische Bewegung immer nur dabei sein, unsere nächsten Fehler vorzubereiten.«<sup>65</sup> Entscheidend sei daher, aus den gemachten Fehlern zu lernen und gemeinsam voranzukommen.

Die AutorInnen plädieren also für eine kritisch-solidarische Haltung, ähnlich wie sie Karl-Heinz Dellwo gegenüber verschiedenen Ausschreitungen in Europa u.a. in Paris oder Athen, eingenommen hatte. Die AutorInnen zitieren Dellwo ausführlich mit einem Beitrag, den er bei einer Diskussion im Mai 2011 gehalten hatte. In dem Text führt er aus:

»Ich bin kein expliziter Freund dieser Riots, denn ich weiß, dass die, die ganz unten sind, lange brauchen, bis sie ihren wirklichen Feind kennen. Sie handeln in der Regel zuerst immer gegen falsche Feinde. Sie brauchen aber unsere Solidarität [...]. Bewusstsein, Identität entsteht in der Konfrontation. Sie haben ein Recht auf einen Lernprozess. [...] Ich will sie verteidigen und solidarisch sein, aber ich kann sie nicht abfeiern. Sie sind

<sup>62</sup> Titanic blubb 2,5, S. 5.

<sup>63</sup> Ebd.

<sup>64</sup> Titanic blubb 2,5, S. 7.

<sup>65</sup> Ebd.

genauso Ausdruck der Zerstörung durch das System wie ebenso des noch unbegriffenen Weges, um daraus zu entkommen. Nicht nur die äußersten gesellschaftlichen Verhältnisse stehen ihnen – und uns – im Weg, sondern auch die Verinnerlichung dieser Verhältnisse in uns. Es gibt keine radikale Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen ohne die Kritik an uns selbst.«<sup>66</sup>

In diesem Sinne fordern die AutorInnen auch eine solidarische Diskussion über die Ausschreitungen in Hamburg und über die erhoffte Entwicklung: »Wie wenden wir die Destruktivität dieser Gewalt in positive Formen zur Herstellung von Verhältnissen, die frei von Gewalt sind?«<sup>67</sup> Das Schanzenfest wird für eine solche Diskussion als prinzipiell geeigneter Rahmen gesehen, weil es eine Veranstaltung sei, die Menschen weit über ein rein linksradikales Spektrum hinaus anspreche, diese vielen unterschiedlichen Personen zusammenbringe und dabei zumindest für einen kurzen Moment die staatliche Hegemonie durchbreche und eigene Gesetzmäßigkeiten herstelle.

»Es geht [...] darum, dass mehr Menschen aus der radikalen Linken den Tag des Festes als Aufklärungs-, Mobilisierungs- und Interventionsort begreifen und nutzen. Denn vor allem am Tage entscheidet sich, wie politisch und wie wirkungsvoll das Fest als politischer Ort in den nächsten Jahren sein wird. [...] Der erwartungsvolle Blick in die Nacht wie das Kaninchen auf die Schlange, verstellt eher die sich bietenden Möglichkeiten für Aktionen und Interventionsformen. Hausbesetzungen, Umzüge und Markierung von Leerstand sind einige Beispiele.«<sup>68</sup>

Die AutorInnen hatten mit »Splitter der Nacht« auf einen Beitrag *einiger Hamburger Autonomer* auf der Online-Plattform *indymedia* reagiert, in dem diese sich sehr viel skeptischer äußerten. Sie kritisierten die Ausschreitungen nach dem Fest als unpolitisches, zielloses »Rumgemackere«.

»Denn das Ziel bei den ›Krawallen‹ war ja nicht so sehr (falls überhaupt) Aneignung oder politischer Ausdruck, sondern vielmehr Mackertum, Rumgepose und Militanzfetisch. Darin offenbart sich aber keine Unverträglichkeit mit den bestehenden Verhältnissen, sondern vielmehr deren Reproduktion auf der Straße. In Mackertum und sinnloser Militanz (falls hierbei überhaupt von Militanz gesprochen werden kann!) lässt sich beim besten Willen nichts Emanzipatorisches feststellen. Sie sind vielmehr repressive Tendenzen innerhalb der Linken.«<sup>69</sup>

*Einige Hamburger Autonome* reagieren wenig später auf den Essay von *Titanic blubb* und revidieren einige der Urteile aus ihrem ersten Beitrag. Der zweite Text der Autonomen schlägt einen entschuldigenden Tonfall an:

66 Dellwo, Karl Heinz (2011): Eingangsbeitrag zur Veranstaltung: Der Kommende Aufstand – Diskussion zu einem Pamphlet. Online verfügbar unter [www.bellastoria.de/publications/veranstaltung/der-kommende-aufstand-diskussion-zu-einem-pamphlet-ort-golem-hamburg](http://www.bellastoria.de/publications/veranstaltung/der-kommende-aufstand-diskussion-zu-einem-pamphlet-ort-golem-hamburg) [zuletzt eingesehen am 08.12.2019].

67 *Titanic blubb* 2,5, S. 8.

68 Ebd.

69 Einige Hamburger Autonome (2011): Hamburg: Einige Bemerkungen zum Schanzenfest. Online verfügbar unter <http://de.indymedia.org/2011/08/314362.shtml> [zuletzt eingesehen am 08.12.2019].

»Wir wollten unseren Unmut über die gefühlte Zwanghaftigkeit der Krawalle kundtun. Im Gegensatz zu dem Unterton eures Textes nahmen wir diese nämlich nicht als spontane Entladung der ›Unzufriedenen‹ wahr, sondern als inspirationslos vollzogene Traditionsriten.«<sup>70</sup>

Sie wehren sich gegen etliche Vorwürfe aus der linken Szene, ihr Text sei »denunziatorisch«, spreche den Aktionen ihren politischen Charakter ab oder versuche, das Vorgehen der Polizei zu legitimieren, und betonen erneut, dass es ihnen darum gegangen sei, zu einem reflektierten Vorgehen im nächsten Jahr anzuregen. »Wir entschuldigen uns ausdrücklich dafür, repressionslegitimierende Diskurse bedient zu haben und distanzieren uns von den gewählten Formulierungen.«<sup>71</sup>

Allerdings wiederholen die AutorInnen ihre Kritik an der Fixierung vieler TeilnehmerInnen auf die abendlichen Ausschreitungen. Ein solcher Fokus verhindere die angemessene Wahrnehmung des politischen Gehaltes des Festes, der sich tagsüber in zahlreichen Aktionen, Ständen und Veranstaltungen ausdrücke. Gleichzeitig gestehen sie ein, dass sie die Ambivalenz der abendlichen Situation nicht erkannt hätten. Mit Blick auf die Polizeipräsenz und das Vorgehen der Polizei bei den vergangenen Festen sei es falsch gewesen, die Krawalle als grundlos zu bezeichnen.

»Denn was mittlerweile als Tradition daher kommt, war jahrelang eine Reaktion auf Bullenschikanen während und im Vorfeld des Festes, also keine aus dem Nichts kommende Gewalt, sondern Gegengewalt wider dem staatlichen Repressionsapparat und dem gewalttätigen gesellschaftlichen Normalzustand.«<sup>72</sup>

Auseinandersetzungen mit der Polizei seien als konkrete Konfrontation des Gewaltmonopols des Staates per definitionem politisch. Auch wenn die Krawalle demnach durch den mittlerweile bekannten Verweis auf staatliche Gewalt legitimiert werden, wird gleichzeitig eingeschränkt: »Wir fänden es aber genauso einseitig zu behaupten, dass der Konflikt mit der Polizei nicht von zumindest einigen der dort agierenden bewusst gesucht wurde. Wir halten auch daran fest, dass sich in der Suche dieses Konfliktes Mackertum ausdrückt.«<sup>73</sup>

Letztlich wollen die AutorInnen insbesondere ihr eigenes Schwarz-Weiß-Denken dekonstruieren. Anstatt unreflektiert von einem Dualismus »gute, politische Militanz« auf der einen und »schlechte, unpolitische Militanz« auf der anderen Seite auszugehen, hätten sie den inhärenten politischen Charakter der Aktionen wahrnehmen und betonen müssen. Auch wenn nicht alle Geschehnisse zu begrüßen seien, gestehen sie daher ein: »Es lässt sich also, entgegen unserer Einschätzung, ein emanzipatorisches, oder zumindest widerständiges Moment darin finden.«<sup>74</sup>

---

<sup>70</sup> Einige Hamburger Autonome (2011): Einige Revisionen zu den Bemerkungen. Reaktion auf »Splitter in der Nacht«. Online verfügbar unter <http://de.indymedia.org/2011/08/314627.shtml> [zuletzt eingesehen am 08.12.2019].

<sup>71</sup> Ebd.

<sup>72</sup> Ebd.

<sup>73</sup> Ebd.

<sup>74</sup> Ebd.

Das Schanzenfest bleibt auch in den folgenden Jahren Bezugspunkt für Diskussionen über Militanz. 2013 kommt es nach einer nächtlichen Eskalation erneut zu hitzigen Diskussionen: Zwei linke AktivistInnen werden durch Messerstiche schwer verletzt, es kommt außerdem zu Schlägereien zwischen RandaliererInnen und Menschen, die bestimmte militante Aktionen verhindern wollen. Diese Vorkommnisse befeuern abermals die Diskussionen um das Verhältnis der radikalen Linken zu Militanz und Gewalt.

Die *Vorbereitungsgruppe des Schanzenfestes* veröffentlicht eine ausführliche Nachbereitung in der Zeck, in der sie insbesondere drei Punkte klarstellen will: Ein Bewertung des Festes dürfe nicht den Ablauf tagsüber ausblenden; die Geschehnisse der Nacht machen eine einfache Fortsetzung des Festes unmöglich; über die zukünftige Gestaltung des Festes müsse möglichst breit diskutiert werden. Die Gruppe charakterisiert das Fest wie folgt:

»Das Schanzenfest will nicht Tourist\_innen von nah und fern zeigen, wie alternativ und verrückt das Schanzenviertel ist. Es will einen abendlichen Krawall weder legitimieren noch verhindern. Das Schanzenfest will: sich seinen Raum selbst nehmen, ohne zu fragen. [...] Und es will immer auch ein Forum bieten für politische Informationen, Aktionen und Auseinandersetzungen.«<sup>75</sup>

Dies habe dazu geführt, dass das Schanzenfest nicht einfach in das Standortmarketing der Stadt integriert werden konnte, sondern immer noch unberechenbar, unbequem und unverwertbar geblieben sei. Es habe außerdem eine deutliche Entwicklung hin zu mehr politischen Inhalten stattgefunden, auch wenn ein Großteil der Stände nach wie vor eher konsumorientiert gewesen sei.

Diese erfreulichen Entwicklungen seien durch die nächtlichen Geschehnisse jedoch konterkariert worden:

»War das Straßenfest tagsüber nach unserer Wahrnehmung eines der besten seit Jahren, stellte sich der Abend als einer der beschissensten dar. [...] Was vor der Flora gegen Mitternacht stattfand, hatte kaum mehr etwas mit den Auseinandersetzungen in der Vergangenheit zu tun, die sich schwerpunktmäßig gegen Polizeiübergriffe gerichtet hatten. Stattdessen fand eine Art Wettbewerb im Scheiße-Sein von mehr oder weniger besoffenen Männern statt.«<sup>76</sup>

AktivistInnen aus dem Umfeld der Flora hätten schließlich auf die unhaltbaren Zustände auf der Straße reagiert, indem sie die Feuer vor dem Gebäude löschten und das Feiern auf der Straße für beendet erklärtan:

»Die vielen Verletzten und der zunehmende Charakter eines Schützenfestes mit all seinen negativen Erscheinungsformen wie sexistische Sprüche, Mackerverhalten und Schlägereien bot ein Szenario der Männergewalt, das wir in dieser Form bisher nicht erlebt hatten und dem wir keine Bühne bieten wollen.«<sup>77</sup>

---

<sup>75</sup> Schanzenfestvorbereitung 2012: Repression, Illusion, Implosion. Nachbereitung Schanzenfest. In: Zeck 172\_2013, S. 10-12, hier S. 10.

<sup>76</sup> Schanzenfestvorbereitung 2012, S. 11.

<sup>77</sup> Ebd.

Das Ziel sei allerdings nicht, jetzt als Autonome für *Law and Order* zu sorgen, vielmehr gehe es darum, zu hinterfragen, »wie es zu einem solch beschissenen Verlauf des Abends überhaupt kommen konnte.« Dabei lehnen die AutorInnen eine Spaltung der BesucherInnen in vermeintlich friedliche AnwohnerInnen auf der einen und böse (angeblich auswärtige) »Krawalltouristen« auf der anderen Seite ab. »Wer unterschiedslos alles und jeden auf der Straße als Krawalltourist bezeichnet, schadet dem richtigen und notwendigen Eingreifen bei blödsinnigen Aktionen oder Übergriffen.« Ihre Kritik richtet sich sowohl gegen die Leute, die sinnlos und aggressiv andere BesucherInnen gefährdeten oder verletzten, als auch gegen jene, die in »Bürgerwehrmanier« gegen randalierende Gruppen vorgingen.

Die Ursache für die konkrete Form der Gewalt auf der Straße sei letztlich die städtische Entwicklung selbst: Die Aufwertung des Stadtteils habe zu immer mehr Kneipenkonzessionen und Außengastronomie und damit zu einer »Ballermannisierung« des Viertels geführt, steigende Mieten hätten Verdrängungsprozesse ausgelöst. »Damit verbunden ist eine Zunahme von Gewalt, Ausgrenzung und Ungleichheit im Stadtteil. Diese tritt in unterschiedlichen Formen auf. In ökonomischer Form durch Verarmung, in struktureller durch Verdrängung und in physischer vor allem in Form vom Männergewalt.«<sup>78</sup> Eine ausschließliche Beschäftigung mit dieser letzten Form der Gewalt verschleiere also die zugrundeliegenden Ursachen und verhindere so letztlich die Lösung des Problems. Messerstechereien und Schlägereien gehörten mittlerweile generell zum Alltag, sodass sie kein exklusives Problem des Schanzenfestes seien, sondern vielmehr eines der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Gruppe stuft die Zukunft des Schanzenfestes als offen ein und fordert eine möglichst breite Diskussion, wie man Vorfälle der Nacht zukünftig verhindern und positive Prozesse gezielt verstärken könne.

»Es ist möglich, zwei Schanzenfeste in einem Jahr zu machen, um einer repressiven Verbotspolitik unseres Widerstand entgegenzusetzen. Ebenso möglich ist es allerdings, kein Schanzenfest zu veranstalten. [...] Ebenso falsch, wie das Fest als politisches Projekt nicht zu verteidigen, finden wir, weiterzumachen, als wäre nichts passiert.«<sup>79</sup>

Das Papier der Vorbereitungsgruppe wird von einer anonymen autonomen Gruppe kritisch kommentiert: »Wenn sich einige davon auf den Schlipps getreten fühlen, umso besser!«<sup>80</sup> Die KritikerInnen appellieren an einen ureigenen Wert der autonomen Bewegung: die Selbstorganisation. Statt sich im Nachhinein über den angeblich unpolitischen Riot zu beschweren, seien alle gefordert, selbst aktiv zu werden und sowohl den Tag als auch die Nacht des Festes selbst zu gestalten.

»Zu viele kommen, konsumieren, amüsieren sich, gaffen ein bisschen und meckern später am Tresen. Ein Verhalten, das mit einer autonomen oder undogmatischen Theorie und Praxis so überhaupt nicht zusammen passt. Wenn die Delegation von Aufgaben

<sup>78</sup> Schanzenfestvorbereitung 2012, S. 12.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> O.A.: Kommentar zu dem Papier »Repression, Illusion, Implosion« – »wenn wir das Bild von 100 Autonome spielen Ordnungsamt vor der Flora oder 100 Autonome greifen die Bullen an vor Augen haben, wissen wir, welches wir uns wünschen«. In: Zeck 172\_2013, S. 13.

und Ansprüchen so sehr euer Ding ist, solltet ihr euch vielleicht mal bei den Parteior-  
ganisationen umschauen.«<sup>81</sup>

Der Tag des Festes sei ein Erfolg gewesen, soweit stimme man der Vorbereitungsgruppe zu. Falsch sei aber, Tag und Nacht voneinander trennen zu wollen: »Wenn sich alle einig sind, dass sie Auseinandersetzungen eine selbsterfüllende Prophezeiung sind, können und müssen wir das zur Kenntnis nehmen und uns darauf einstellen. Es bekommt halt auch jede\_r den Riot, den er/sie verdient.«<sup>82</sup> Auch für den Verlauf der Nacht müssten alle Verantwortung übernehmen und gemeinsam überlegen, wie man progressiv, militant und offensiv vorgehen könne. Auch der Abend müsse von Linksradikalen gefüllt werden, um ein Vakuum wie in diesem Jahr zu verhindern. Wobei die Gruppe einschränkt, dass selbstverständlich nicht wirklich alle für die militärischen Aktionen verantwortlich seien:

»Unsere Kritik richtet sich ausdrücklich nicht an Menschen, die sich generell auf Riot-Situationen nicht einlassen möchten/können oder die Vorbereitungsgruppe, sondern an die zahllosen Besserwisser\_innen, Kneipenheld\_innen und Piazza-Gaffer\_innen (und natürlich auch an uns selbst).«<sup>83</sup>

Abschließend positioniert sich die Gruppe zu der neuen Gewaltdimension der Messerstiche von BesucherInnen gegen autonome AktivistInnen: Eine Lenkung der Aggressionen nach außen sei nicht gelungen, sodass sich die mittlerweile im Viertel zum Alltag gewordene Männergewalt innerhalb des Festes austobte. »Dass Linksradikalen die dauerpräsente Männergewalt in der Schanze erst dann auffällt, wenn sie ein Straßenfest feiern und es einen der unseren trifft, ist traurig.«<sup>84</sup> Da die Ursachen für diese Form der Gewalt nicht im Fest selber liegen, sei eine Absage des Festes auch keine Lösung, um Vorfälle dieser Art in Zukunft zu verhindern.

Nach der Demonstration für den Erhalt der Esso-Häuser und der Roten Flora und für das Bleiberecht der Lampedusa-Flüchtlinge im Dezember 2013 wird in der Zeck abermals über Sinn und Unsinn von Militanz diskutiert. Zur Erinnerung: Die Demonstration war bereits nach wenigen Metern von der Polizei aufgelöst worden, stundenlange Auseinandersetzungen folgten, die Polizei rief im Nachgang der Ereignisse für mehrere Wochen ein Gefahrengebiet aus, was weit über die linksradikale Szene hinaus für Diskussionen sorgte. Anders als bei den Diskussionen über Aktionen beim Schanzenfest oder am Ersten Mai wird nach dieser Demonstration nicht über die Frage diskutiert, ob die Gewalt entpolitisirt war oder ob es sich dabei überhaupt noch um genuin linksradikale Aktionen handelte. Vielmehr steht dieses Mal im Mittelpunkt der Debatte die Frage, welche Rolle militante Aktionen innerhalb eines linksradikalen Politikansatzes einnehmen können, ob beispielsweise Militanz auch dann praktiziert werden sollte, wenn potenzielle politische Verbündete davon abgeschreckt werden könnten.

*Einige Autonome auf Reisen* plädieren in ihrem Beitrag für eine breite gesellschaftliche Verankerung linksradikaler Politik. Zwar sei es nach der in ihren Augen skandalö-

81 O.A.: Kommentar zu dem Papier, S. 13.

82 Ebd.

83 Ebd.

84 Ebd.

sen Auflösung der Demonstration durch die Polizei richtig gewesen, an vielen unterschiedlichen Orten aktiv zu werden und im ganzen Stadtgebiet Sachbeschädigungen zu begehen. Insgesamt müsse man sich aber bemühen, die eigenen Aktionen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu gestalten.

»Wir sind der Ansicht, dass wir unser Handeln und Tun reflektieren, als auch nachvollziehbar und erklärbar gestalten müssen. Dies heißt nicht Anpassung, sondern Kommunikationsarbeit auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Räumen. Um es an dieser Stelle kurz zu machen, halten wir eine militante Praxis mit ihren direkten Aktionen, die keine Verankerung hat, für hoffnungslos.«<sup>85</sup>

Die Einrichtung des Gefahrengebiets sei aus dieser Perspektive ein »schöner und dummer Fehler« der Polizei gewesen. So sei der Versuch, polizeiliche Stärke zu demonstrieren, auch in weiten Teilen des Bürgertums auf Kritik gestoßen; zugleich hätten sich sehr unterschiedliche Menschen an Protesten und Aktionen gegen das Gefahrengebiet beteiligt. Insgesamt habe das Thema somit eine Brücke zwischen Linksradikalen und der linksliberalen Öffentlichkeit geschlagen.

Nach der Demonstration lässt sich aus der linken Szene immer wieder die Kritik vernehmen, man hätte die Auflösung der Demonstration nicht zulassen dürfen, sondern hätte sich militant gegen die Polizei zur Wehr setzen müssen. Dies wird von *Einigen Autonomen auf Reisen* zurückgewiesen – eine direkte Konfrontation mit der Polizei wäre nicht erfolgversprechend gewesen:

»Eine quasi militärische Konfrontation mit dem hochgerüsteten Polizeiapparat ist nicht direkt zu gewinnen und der Stil, in dem die Texte verfasst wurden, lässt die Frage aufkommen, wo hier der eigentliche Wert politisch-militanter Aktionen gesehen wird. So lange feste draufhauen, damit der ›Bullenstaat‹ sein ›faschistisches Antlitz‹ zeigt, ist weder praktikabel noch sinnvoll und im Endeffekt Rumgemacker.«<sup>86</sup>

Statt sich in Gewaltphantasien gegen die Polizei zu verlieren, müsse die bessere Welt, um die die Linke kämpfe, auf anderen Wegen erreicht werden: »Die bessere Welt, die wir anstreben, können und müssen wir nicht militärisch erobern. Wir müssen sie lediglich neu schaffen, durch uns und unsere Praxis. Heute!«<sup>87</sup>

Die Gruppe *Autonome Kommunist\*innen Hamburg* wiederum bestreitet vehement, dass bei militanten Aktionen die gesellschaftliche Vermittelbarkeit im Blick behalten werden solle. Es sei falsch, radikale Kritik als Protest zu formulieren, stattdessen sei Widerstand gefordert. Protest bedeute lediglich, zu sagen, was einem nicht passe; Widerstand hingegen bedeute, dafür zu sorgen, dass genau das nicht länger passieren könne:

»Protest ist ein Dialog mit der Herrschaft. Protestierende erklären ihr Anliegen zu einem Ordnungsfall für den Staat. Gewalttätiger Protest ist da nicht besser. Wer einen

85 Einige Autonome auf Reisen, S. 8.

86 Einige Autonome auf Reisen, S. 7.

87 Einige Autonome auf Reisen, S. 8.

Stein nur schmeißt, um ›gehört zu werden‹, kann gleich Unterschriften sammeln. Widerstand hingegen wendet sich gegen den Staat.«<sup>88</sup>

Das Argument, dass bestimmte Aktionsformen nicht anschlussfähig seien oder der Öffentlichkeit nicht vermittelt werden könnten, sei schon in seiner Prämisse falsch. Die Öffentlichkeit sei größtenteils nationalistisch eingestellt, in diesen Kreisen auf Zustimmung zu hoffen, sei völlig falsch. »Wer seine Praxis an dem Verständnis der Presse und ihrer Leser\_innen ausrichtet, steht auf der anderen Seite der Barrikade.«<sup>89</sup>

Auch Kritik an direkten Aktionen gegen PolizistInnen wird in dem Beitrag zurückgewiesen. Die *Autonomen Kommunist\*innen* positionieren sich gegen den oft vorgebrachten Einwand, dass die Polizei lediglich eine Funktion erfülle. Diese Funktion wird von den AutorInnen aber nicht in der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung gesehen, sondern folgendermaßen beschrieben:

»Sie prügeln uns auf Demos weg. Sie filzen uns. Sie treten unsere Türen ein. Sie foltern uns auf dem Revier. Sie brechen uns die Hände bei der ED. Sie durchwühlen unsere Unterwäsche. Sie hören unsere Telefonate ab. Sie verfolgen uns. Sie halten uns die Knarre an den Kopf. Sie erfüllen eine Funktion im demokratischen Rechtsstaat; und manchmal ein bisschen mehr. Es ist nicht menschenverachtend Steine auf sie zu werfen. Es ist menschenverachtend es nicht zu tun.«<sup>90</sup>

Mit der Frage nach legitimen und illegitimen Mitteln zur Erreichung der eigenen Ziele setzt sich auch *Peter Schaber*, Redakteur des linken Blogs »Lower Class Mag«, auseinander. Konkreter Anlass für seinen in der *Zeck* abgedruckten Artikel ist eine *Blockupy*-Demonstration in Frankfurt 2015, bei der die Polizei – anders als in den zwei Jahren zuvor am selben Ort – zumindest zeitweilig die Kontrolle über die Situation verliert und auch selbst zur Zielscheibe von Aktionen wird.

Der Autor kritisiert die darauffolgende, in den Massenmedien ausgetragene Gewaltdebatte: »Da es brannte, da Beamte verletzt wurden, da Scheiben klirrten, musste kommen, was kam: Eine Gewaltdebatte. Vom ›Tag der Gewalt‹ schrieben die Stuttgarter Nachrichten, ganz so, als ob es an anderen Tagen keine ›Gewalt‹ gäbe.«<sup>91</sup> Auch in diesem Text wird die Gewalt auf der Straße zu der stummen Gewalt, mit der das aktuelle Herrschaftssystem stabilisiert werde, ins Verhältnis gesetzt. Was seien ein paar geworfene Steine im Vergleich zu den Kriegen des Westens, zu der harten Austeritätspolitik, zum Zwang, sich der kapitalistischen Verwertungslogik zu unterwerfen, oder zur polizeilichen Repression? Die eigene Gewalt sei lediglich der Versuch, der vermeintlichen Unabänderlichkeit der herrschenden Gewalt etwas entgegenzusetzen. Der Autor stellt die moralische Frage, ob die eigenen Mittel bei dem Kampf um eine friedlichere, lebenswertere Welt das Ziel nicht bereits reflektieren sollten. Die Forderung nach völliger Gewaltfreiheit sei dabei allerdings irreführend: »Belügen wir uns nicht selbst.

<sup>88</sup> Autonome Kommunist\*innen: Hamburg muss sterben, damit wir leben können. In: *Zeck* 179\_2014, S. 9-10, hier S. 9.

<sup>89</sup> Autonome Kommunist\*innen, S. 10.

<sup>90</sup> Ebd.

<sup>91</sup> Peter Schaber, Redakteur des linksradikalen Blogs lower class mag: Gewalt! In: *Zeck* 186\_2015, S. 10-12, hier S. 10.

Noch jedes Mal, wenn es darum ging, die Gesamtscheiße von Grund auf umzuwühlen, gab es Gewalt – und zwar von jenen, die ein Interesse daran hatten, dass das schlechte Bestehende so bleibt, wie es ist.«<sup>92</sup> Egal, ob es sich um Chile unter Salvador Allende, den Spanischen Bürgerkrieg, die Oktoberrevolution oder den kurdischen Befreiungskampf handele – in allen Fällen sei es zu Gewalt gekommen, weil die Gegenseite einen Ausbruch aus Unterdrückung und Ausbeutung um jeden Preis verhindern wollte.

Es sei zwar richtig, dass die Linke für einen tatsächlichen Umsturz zunächst versuchen müsse, gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen, beispielsweise in Betrieben, in Stadtteilen, in kulturellen Milieus, weil ohne diese organisierte Gegenmacht ein Aufstand auf der Straße sinn- und perspektivlos sei. Daraus aber rückzuschließen, dass man jeden Aufruhr unterlassen solle, bis man eine gesellschaftliche Massenbewegung hinter sich habe, sei schlicht falsch:

»Militanz ist nicht allein der Akt auf der Straße, sondern die Haltung der Unversöhnlichkeit mit dem schlechten Bestehenden. Es muss, auch in der Tat, der Bevölkerung gezeigt werden, dass Widerstand gegen dieses System legitim ist und dieser sich nicht in den Bahnen zu bewegen hat, die uns der Feind als einzige erlaubte vorschreibt.«<sup>93</sup>

Der Autor spricht in diesem Zusammenhang von einer wichtigen Lernerfahrung:

»Riots und Rebellion sind ein wichtiger Bestandteil des Erlernens einer Kultur der Konfrontation, die auf unser Verständnis, wie wir Politik machen, zurückwirkt. [...] Zugleich sind sie zwar nicht [...] ›Selbstbefriedigung‹ (das gibt es bei einigen auch, dazu später), wohl aber ›Selbstermächtigung‹. Sie durchbrechen, wenn auch nur für eine Sekunde und symbolisch, die Alltagserfahrung unveränderlicher Verhältnisse und eines übermächtigen Staates, gegen den ›man ja eh nichts tun kann‹.«<sup>94</sup>

Nach diesem Plädoyer für militante Aktionen folgt eine äußerst kritische Auseinandersetzung mit den konkreten Ereignissen in Frankfurt, die der Autor trotz seiner generellen Grundhaltung für eine politische Dummheit hält. Im Anschluss an die Auseinandersetzungen mit der Polizei seien DemonstrantInnen durch die Innenstadt gezogen und hätten wahllos mittelständische Autos, Straßenbahnen, Schaufenster kleiner Läden oder sogar Rettungswagen angegriffen.

»Diese Ziele sind sinnlos, kontraproduktiv und nicht nur deshalb abzulehnen, weil – wie [der italienische Anarchist Errico] Malatesta schreibt – den durchführenden AktivistInnen offenbar völlig egal ist, ›was immer ihr Charakter oder ihre Wirkung auf die breiten Volksmassen sei‹, sondern darüber hinaus, weil man nicht einmal sich selbst gegenüber eine schlüssige politische Rechtfertigung für diese Dummheiten geben könnte.«<sup>95</sup>

Eine Kritik an solchen Aktionen habe nichts mit Reformismus oder Unterwürfigkeit zu tun, sondern sei die Konsequenz aus den eigenen politischen Zielen. Völlig zu Recht

<sup>92</sup> Peter Schaber, Redakteur des linksradikalen Blogs lower class mag, S. 10.

<sup>93</sup> Peter Schaber, Redakteur des linksradikalen Blogs lower class mag, S. 11.

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Ebd.

habe es bereits während der Ereignisse lautstarke Unmutsbekundungen anderer DemonstrantInnen gegeben. Der Autor fasst abschließend zusammen:

»Bei jenen, die ohne irgendeine Überlegung zu richtigen und falschen Zielen auf das Erzeugen von Trümmerhaufen stehen, verkehrt sich Militanz in ›Randale‹ und wird leer. Zwischen den beiden Extremen einer ›Gewaltlosigkeit‹, die es im kapitalistischen Alltag ohnehin nicht gibt, und dem wutentbrannten Nihilismus verläuft der Grat, auf dem zu balancieren ist. Er ist schmal, aber nur auf ihm kann man tanzen.«<sup>96</sup>

Dass die Diskussion um Vermittelbarkeit von Militanz beileibe kein neues Phänomen ist, zeigen beispielsweise zwei Artikel aus dem Jahr 1995. Hier wird bereits in einer relativ frühen Phase der Gentrifizierung im Hamburger Karoviertel über Sinn und Unsinn eines Angriffs auf einen sogenannten »Yuppie-Laden« debattiert. Aufschlussreich ist dabei auch, wie die VerteidigerInnen der Aktion eine kritische Distanzierung als Entpolitisierung und Verbürgerlichung der linken Szene umzudeuten versuchen und wie die KritikerInnen wiederum auf diese Vorwürfe reagieren.

Die VerteidigerInnen rechtfertigen die Aktion, bei der die Scheiben einer Kneipe eingeschlagen und danach Buttersäure in den Laden gekippt wurde, als ein Mittel im Kampf gegen die Umstrukturierung des Viertels. Natürlich könne durch solche Anschläge nicht der generelle Prozess der Aufwertung gestoppt werden, es handele sich eher um einen ersten Schritt im Rahmen breiterer Bemühungen. In jedem Fall falsch sei aber das teilweise vorgebrachte Argument, dass von solchen Zielen im (eigenen) Viertel generell abzusehen sei, weil BesucherInnen und BetreiberInnen der Geschäfte nicht die wirklichen Verantwortlichen seien.

»Wir fragen uns, wo [die KritikerInnen der Aktion] die ›andere Seite‹ im Kampf gegen Umstrukturierung [sehen], wenn sie alle und alles, was im Viertel rumhängt, als in sich solidarisch wahr[nehmen]. Ein solches politisches Bild strotzt von einem platten Oben-Unten-Denken und bezieht nicht die Verantwortlichkeit jedes und jeder Einzelnen in Gewaltverhältnissen mit ein.«<sup>97</sup>

Die AutorInnen sehen dagegen nicht nur die NutzerInnen schicker Läden als Mitverantwortliche an der zunehmenden Ausgrenzung von sozial Benachteiligten, sondern geben auch der linken Szene eine Mitschuld an dieser Entwicklung.

»Ja, die Autonomen von früher sind alt geworden. Nach dem Studium wird zu zweit in Vierzimmerwohnungen gelebt, ein Laden eröffnet oder sonst wie ›Karriere‹ gemacht. Ein Wohnprojekt unter 30 qm pro Person gilt als ›beengt‹ und Hausbesetzungen werden als veraltetes Stilmittel der 80er moniert.«<sup>98</sup>

Neben diesem Rückzug ins Private kritisieren die AutorInnen außerdem eine Entpolitisierung der Szene:

---

<sup>96</sup> Peter Schaber, Redakteur des linksradikalen Blogs lower class mag, S. 12.

<sup>97</sup> Möllfztx & hrgmpftjkb: Der Widerstand gegen Umstrukturierungen ist gerechtfertigt und nötig. In: Zeck 35\_1995, S. 27f., hier S. 27.

<sup>98</sup> Ebd.

»Eigenes Nicht-Verhalten im Alltag gegenüber Gewaltverhältnissen [wird] nicht nur entschuldigt, sondern zur neuen Maxime politischen Handelns verklärt. Konsequentes Einschreiten und Verhalten paßt da nicht mehr ins Bild und wird als lustfeindlich, moralisch oder dogmatisch gerne ohne eine inhaltliche Auseinandersetzung ins Lächerliche gezogen. [...] Damit einher gehen neue Lebenskonzepte. Und wenn diese damit enden, daß ›Autonome‹ sieben Mark pro 0,2 Liter Wein für einen ›anständigen‹ Preis erachten und der Meinung sind, daß Essen unter 20 Mark nicht zu haben ist, dann tragen sie zwangsläufig dazu bei, daß sich das soziale Klima im Viertel verschärft.«<sup>99</sup>

Die *Zeck*-Redaktion versieht diesen Artikel mit einer kritischen Anmerkung, in der sie sich zwar prinzipiell zu militanten Aktionen gegen die Umstrukturierung des Viertels bekennt, aber auch nicht mit Kritik an der konkreten Aktion spart. Insbesondere wird die Auswahl des Ziels bemängelt – nirgendwo sei eine Erläuterung zu finden, warum gerade diese Kneipe angegriffen worden sei; darüber hinaus sei die Wahl allein deshalb schon unglücklich, weil es sich bei dem betroffenen Laden um eine Kneipe handele, die vorwiegend von Homosexuellen besucht werde.

»Es ist unserer Meinung nach aber enorm wichtig, bei militanten Anschlägen jeder Art auf öffentliche Räume, sich auch das dort verkehrende Publikum anzuschauen und diese Informationen auch mit in die Vorüberlegungen anzugreifender Orte miteinzubeziehen. [...] Bleibt allerdings noch immer die Frage, wieso die Wahl nun gerade auf das Mess gefallen ist und nicht auf einen der zahlreich aus dem Boden sprießenden überteuerten Klamottenläden in der Marktstraße.«<sup>100</sup>

Explizite Zustimmung findet die Erkenntnis, dass es keine automatische Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen im Viertel gebe bzw. dass innerhalb des Viertels äußerst diverse Interessen existierten. Gänzlich ablehnend werden hingegen die Äußerungen über die linksradikale Szene kommentiert:

»Wir kritisieren jedoch die recht oberflächlichen Aussagen über die Versnobbung der linken Szene. Allein das Bedürfnis nach mehr Platz in Wohnräumen zur persönlichen Entfaltung oder nach mal 'nem guten Essen, macht Menschen noch nicht zu Spießern. Es kann nicht darum gehen, Leute allein deshalb zu verurteilen, weil sie ihre Lebensqualität steigern wollen.«<sup>101</sup>

Wie absurd diese Vorwürfe seien, werde deutlich, wenn man sich Gedanken darüber mache, warum Menschen überhaupt politisch aktiv werden. Sehr schnell werde dann klar, dass die Ernährung oder die Wohnform allein keine ausreichende Erklärung liefern können:

»Wir glauben auf jeden Fall nicht, daß allein das Wohnen auf Wohnklos oder das Essen von billigem Dosenfraß ein Beitrag zur Repolitisierung von Leuten ist und auch nicht,

<sup>99</sup> Möllfztx & hrgrmpftjkb, S. 27f.

<sup>100</sup> Die *Zeck* Redaktion: Anmerkung der Redaktion. In: *Zeck* 35\_1995, S. 28.

<sup>101</sup> Ebd.

daß diejenigen, die wie beschrieben leben, per se politischer sind als solche, die 30qm Wohnraum zur Verfügung haben.“<sup>102</sup>

Allerdings sei es prinzipiell richtig, sich Gedanken über die (damalige) Krise der Autonomen zu machen und zu mehr militärischen Aktivitäten aufzufordern, weshalb der kritisierte Artikel zumindest ein sinnvoller Debattenbeitrag gewesen sei.

## 6.2 »Vorwärts in die Vergangenheit« – Militanz als Prinzip des Internationalismus

Anfang der 1990er Jahre entbrennt eine Diskussion um die antiimperialistische Gruppe AIZ (Antiimperialistische Widerstandsgruppe), in der auch das allgemeine Verhältnis der radikalen Linken zum bewaffneten Kampf gegen das System reflektiert wird. Da es sich dabei um eine kritische Abgrenzung autonomer Politik zum militärischen Vorgehen klandestiner terroristischer Gruppen handelt, zeigt sich in dieser Debatte auch das Selbstverständnis linker Militanz jenseits antiimperialistischer Gewalt.

Einige Personen aus der Zeck-Redaktion erklären ihre relativ lange währende Zurückhaltung, sich zum Thema bewaffneter Kampf zu äußern, indem sie einerseits auf die zunächst angenommene Bedeutungslosigkeit und Kurzlebigkeit der AIZ verweisen, andererseits aber auch eingestehen, dass die von den Anschlägen betroffenen Institutionen und Personen ihnen nicht besonders leidgetan hätten. Schließlich, nachdem klar geworden sei, dass die AIZ nicht ebenso plötzlich wieder von der Bildfläche verschwinde, wie sie aufgetaucht war, veröffentlichen *Einige aus der Redaktion* doch noch eine längere Kritik,

»nicht zuletzt, um ihnen [der AIZ] das symbolische Feld der Aneignung linker Geschicke nicht kampflos zu überlassen. Denn was die AIZ als Ergebnisse linksradikaler Bewegungen der letzten 30 Jahre festschreiben will, denunziert jegliche emanzipativen Ansätze der Politik der Neuen Linken.“<sup>103</sup>

Problematisch sei insbesondere das »Front-Konzept«, das Anfang der 1980er Jahre von der RAF entwickelt worden sei und dem sich die AIZ laut eigener Aussage anschließe. Kern des Konzepts sei es, durch bewaffneten Widerstand in den Metropolen den antiimperialistischen Kampf der Befreiungsbewegungen des Trikons zu unterstützen und in das »Herz der Bestie« zu tragen. Zuvor sei ein Teilziel militanter Aktionen immer auch »bewaffnete Propaganda« gewesen, man habe den Schwachen und Marginalisierten der eigenen Gesellschaft durch die Aktionen Mut machen und sie zu eigenen Aktivitäten anregen wollen. Mit dem Front-Konzept verschwinde dieser Teil des militärischen Kampfes: Nun stehe der militärische Nutzen einer Aktion im Fokus und nicht der politische Gehalt. Die damit einhergehende Entpolitisierung des bewaffneten Kampfes werde von der AIZ zwar selbst kritisiert, allerdings ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.

---

102 Die Zeck Redaktion, S. 28.

103 Einige aus der Redaktion: Frozen Marighella. Eine AIZ Kritik. In: Zeck 46\_1996, S. 11-14, hier S. 11.

Ein zweiter Kritikpunkt sei die mangelnde Reflektion des »Triple-Oppression«-Ansatzes, nach dem nicht nur der Kapitalismus für Ungleichheit und Unterdrückung verantwortlich sei, sondern gleichzeitig auch Rassismus und Sexismus. Die antiimperialistische Bewegung der 1970er Jahre sei zu naiv gewesen, den problematischen Kern vieler sogenannter Befreiungsbewegungen zu erkennen. Der Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus habe im Mittelpunkt gestanden,

»die Metropolenlinke glaubte noch weitgehend daran, daß wenn man ersteinmal so weit gekommen sei, die restlichen Widersprüche auch irgendwie gelöst werden könnten. Auch wenn z.B. der algerische Befreiungstheoretiker Franz Fanon schon damals darauf hinwies, daß das rassistische Unterdrückungsverhältnis wohl mit der Abschaffung des Kapitalismus nicht aufgelöst würde.«<sup>104</sup>

Darüber hinaus habe man nie wirklich reflektiert, dass die meisten der Befreiungsbewegungen für die »nationale Befreiung« kämpften, das alte Herrschaftssystem somit lediglich durch ein neues ersetzt werden sollte, das aus emanzipativer Sicht ebenfalls problematisch sei. »Zu häufig wurde die Macht der Wenigen nur verlagert: An die Stelle der kolonialen/kapitalistischen/imperialistischen Herrschaftseliten traten Partei/Militär/religiöse Institutionen.«<sup>105</sup>

Die AIZ habe sich nicht von einer idealisierenden Betrachtungsweise lösen können und sehe sich als Verbündete von fragwürdigen Bewegungen:

»Tschetschenische Widerstandskämpfer, der iranische Staat, der fundamentalistische Djihad Islami in Palästina, die FIS in Algerien, Ghaddafis Libyen, der Leuchtende Pfad Perus... Alles nicht gerade Bewegungen, die einem Anlaß zur Hoffnung geben, bei ihrem Sieg würden wir einer befreiten Gesellschaft ein Stück näher kommen.«<sup>106</sup>

Mit ihrem Fokus auf den Kampf gegen den Imperialismus sei die AIZ auf eine anti-imperialistische Front in der Peripherie angewiesen, in die dann unreflektiert auch islamistische Bewegungen integriert würden. Nähme die AIZ den Ansatz sich wechselseitig überlagernder und verstärkender Unterdrückungsmechanismen ernst, würde das hingegen dazu führen, die verschiedenen Widersprüche einer Gesellschaft in ihrer Komplexität wahrzunehmen und »die Praxis und die Theorie der Befreiungsbewegungen kritisch zu hinterfragen und nicht länger die eigenen Befreiungsvorstellungen auf sie zu projizieren.«<sup>107</sup>

Positiver Bezugspunkt für die AIZ seien ausgerechnet die Entführungen der Luft Hansamaschine »Landshut« 1977 und der israelischen Sportler während der Olympischen Spiele in München 1972 durch palästinensische Kommandos, obwohl beide Aktionen in höchstem Maße kritikwürdig gewesen seien. In beiden Fällen hätten sie sich gegen Menschen gerichtet, die allerhöchstens mittelbar Verantwortung für die Politik ihrer Staaten trugen, als deren Stellvertreter sie entführt wurden, in beiden Fällen seien die Aktionen niemandem vermittelbar gewesen und hätten der Sache nur geschadet.

---

<sup>104</sup> Einige aus der Redaktion, S. 12.

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Einige aus der Redaktion, S. 13.

<sup>107</sup> Ebd.

»Sowohl die ›Landshut‹-Entführung als auch die Aktion des Schwarzen September in München repräsentieren klare Fehler emanzipativer Politik, die auf keinen Fall wiederholt werden dürfen.«<sup>108</sup>

Neben der unzureichenden Auseinandersetzung mit den eigenen Ansätzen und den teilweise fragwürdigen Zielen der eigenen Aktionen kritisieren die AutorInnen aus der Zeck-Redaktion abschließend auch die Zielvorstellungen der AIZ. In den zahlreichen umfangreichen Veröffentlichungen der Gruppe sei kaum etwas Konkretes über die Gesellschaft, für die sie kämpfen will, zu finden. Lediglich die Chiffre von einem »einfachen und gerechten Leben« werde mehrfach verwendet, ohne dass klar werde, was ein solches Leben ausmache.

»Das Streben nach den einfachen und klaren Lösungen muß genau um seiner Einfachheit willen alles gleichmachen. [...] Gerade die linke Politik und Diskussion der letzten 20 Jahre [hat gezeigt], daß die dichotomische Verkürzung auf entweder/oder, gut/böse, Mensch/Schwein in der Regel die viel kompliziertere Realität der Gesellschaft nicht widerzugeben oder gar zu analysieren vermoht hat. [...] Die neue alte Einfachheit ist allerdings teuer erkauft. Ihr Preis ist die Aufgabe des Begriffs der Emanzipation und der Kritik von Herrschaft allgemein.«<sup>109</sup>

Auch in dem Artikel »Vorwärts in die Vergangenheit«, der ursprünglich in der *radikal*<sup>153</sup> erschienen war, wird die AIZ scharf kritisiert. Die anonymen AutorInnen führen aus: »Die AIZ ist ein vehementer Schritt in die Vergangenheit, sie ist nicht die Militanz und revolutionäre Strategie der 90er Jahre, wie sie aus den Fehlern, Erfahrungen und Chancen der letzten 25 Jahre entstehen sollte.«<sup>110</sup> In diesem Text wird die AIZ ebenfalls für ihre theoretische Fundierung, ihren Bezug auf (vermeintliche) antiimperialistische Befreiungsbewegungen und ihr konkretes Vorgehen angegriffen. Zunächst wird die Fixierung der Gruppe auf ihre Feinde und den militärischen Kampf gegen diese kritisiert, weil eigene Utopien und Ziele dahinter kaum zur Sprache kämen: »Wenn eigene Ziele negativ bestimmt werden und eigene positiv formulierbare Utopien, Grundsätze und Maßstäbe eigenen Handelns fehlen, dann reicht das nicht. Die Bestimmung am Feind vermag nicht diese Lücke zu füllen.«<sup>111</sup> Insbesondere der bereits erwähnte positive Bezug der AIZ auf die Entführung der Lufthansamaschine wird strikt abgelehnt:

»Wer sich sogar in seinem Namen auf eine derart falsche Aktion bezieht, ist entweder leichtfertig, weil er/sie die historischen Fakten nicht kennt, oder er/sie lehnt Angriffe auf (metropolitane) ZivilistInnen nicht eindeutig ab. In dem Fall ist es keine Unwissenheit, sondern eine politische und ›potentiell‹ praktische Position, die von links aus bekämpft werden muß wegen ihrer potentiellen Gefährlichkeit.«<sup>112</sup>

Die AIZ kritisierte mit keinem Wort die Frauenfeindlichkeit, den latenten Antisemitismus und handfesten Nationalismus bei vielen ihrer BündnispartnerInnen, somit bleibt ihr rhetorisches Bekenntnis zum *Triple Oppression*-Ansatz ohne jegliche praktischen

<sup>108</sup> Einige aus der Redaktion, S. 14.

<sup>109</sup> Ebd.

<sup>110</sup> O.A.: Vorwärts in die Vergangenheit. In: *Zeck* 46\_1996, S. 15-18.

<sup>111</sup> O.A.: Vorwärts, S. 15.

<sup>112</sup> O.A.: Vorwärts, S. 16.

Folgen. Vielmehr sei man opportunistisch bereit, für ein möglichst breites antiimperialistisches Bündnis bei anderen Gruppen über alle Unzulänglichkeiten hinwegzusehen. Schon die verwendete Sprache in den Bekennerschreiben zeige den mangelnden Reflexionsgrad der Gruppe: »Die Sprache in den Texten ist gelegentlich militärisch-männlich-großkotzig, wie aus den allerersten Tagen der BRD-Guerilla, ein typisches Anzeichen für politisch unfertige Gruppen.«<sup>113</sup>

Auch die Ziele der bisherigen Aktionen der AIZ werden kritisiert. Obwohl auf höchstem Abstraktionsniveau der amerikanische Imperialismus kritisiert werde, richteten sich die Aktionen gegen kleine, relativ unbedeutende Ziele. Dass ein CDU-Hinterbänkler von der AIZ mit dem Tod bedroht werde, sei ein deutliches Zeichen der Schwäche:

»Muß er die Schwäche der AIZ ausbaden, andere – bessere – Ziele nicht angreifen zu können? Soll er ›potentiell‹ draufgehen, weil es bis in die USA zu weit ist und die wichtigsten Einrichtungen zu gut gesichert sind? Wenn die Qualität von Sicherheitsmaßnahmen bestimmt, wer angegriffen wird, wäre das eine Fremdbestimmung von Aktionszielen und somit ein Armutzeugnis erster Güte.«<sup>114</sup>

Dass die AIZ an potenziell tödlichen Aktionen festhalten wolle, um mehr Druck auf die politischen Eliten der BRD ausüben zu können, sei daher ein gefährlicher Fehler.

Die AutorInnen des Textes ziehen zusammenfassend eine vernichtende Bilanz:

»Eine Gruppe wie die AIZ, die sich trotz verbaler Zustimmung zum Triple-Oppression-Ansatz auf teilweise zutiefst reaktionäre Gruppen im Trikont bezieht, die ungenau mit der Frage des Tötens umgeht, die historisch überholte Konzepte wiederbeleben will, die hat keine Chance. Die AIZ ist nicht die militante Theorie und Praxis, die den 90er Jahren fehlt. Die AIZ ist zumindest überflüssig. Und wenn sie sich wie befürchtet weiterentwickelt, wird sie zu einem Problem des Linken. Weniger scharf kann es leider nicht gesagt werden.«<sup>115</sup>

Ein retrospektiver Überblick von *Klaus Viehmann* über die historische Rolle von Militanz als ständiger Begleiterin der internationalistischen Solidarität findet sich 1997 in der *Zeck*. Dass Militanz ein wichtiger Bestandteil der Geschichte der sogenannten Neuen Linken sei, werde häufig übersehen – dabei sei bereits auf dem Vietnam-Kongress im Februar 1968 über die Rolle von Gewalt diskutiert worden. Erich Fried habe sich beispielsweise vehement dagegen ausgesprochen, Gewaltlosigkeit zu einem absoluten Prinzip zu erheben, und lediglich die Anpassung der eigenen Strategie an die konkrete Situation gefordert. Auch die Idee der Stadtguerilla, die die Kämpfe des Trikonts in die Metropolen des Westens tragen sollte, sei auf diesem Kongress bereits formuliert worden.<sup>116</sup> Die Ursache sei klar: Da die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft im Kern nach wie vor reaktionär und autoritär gewesen sei (alte Nazis auf wichtigen Posten, Verbot

<sup>113</sup> O.A.: *Vorwärts*, S. 17.

<sup>114</sup> O.A.: *Vorwärts*, S. 18.

<sup>115</sup> Ebd.

<sup>116</sup> Vgl. Viehmann, Klaus: Militanz – die ausgeblendete Seite des Internationalismus. In: *Zeck* 58\_1997, S. 8-12, hier S. 8.

der KPD, Tabuisierung von Homosexualität etc.), sei ein sehr gründlicher Bruch mit dem Alten notwendig gewesen, um eine emanzipatorische Lebensweise anzustreben.

Militanz – sowohl die eigenen persönlichen Lebensverhältnisse betreffend als auch im Kampf gegen das politische System – sei für viele AktivistInnen der 1960er und 70er Jahre eben dieser erforderliche radikale Bruch gewesen.

»Aber Militanz mit ihren scheinbar eindeutigen Fronten, mit ihren scheinbar absolut entschlossenen AkteurInnen und ihren scheinbar völlig klaren Entscheidungen ist tatsächlich im Dschungel der Widersprüche genauso befangen wie jede andere Theorie und Praxis. Die eindeutigen Fronten – und eindeutige Fronten sind wichtig, um zuschlagen zu können – sind nur so lange klar, wie einige liebgewordene Prämissen über Oben und Unten und Gut und Böse nicht angezweifelt werden.«<sup>117</sup>

Aus diesem Grund sei der durchweg positive Bezug auf militante Bewegungen immer problematisch gewesen, denn auch die Befreiungsbewegungen seien bei weitem nicht so emanzipatorisch und revolutionär gewesen, wie man es sich gewünscht hätte. Der Grund dafür habe in den beteiligten AkteurInnen selbst gelegen: Da sie allesamt in der alten, von ihnen bekämpften Gesellschaft aufgewachsen und sozialisiert worden seien, seien sie auch von deren Widersprüchlichkeiten und Unzulänglichkeiten geprägt; niemand sei in der Lage, sich durch pure Willensanstrengung von der eigenen Geschichte zu befreien.

Der relative Erfolg der Neuen Linken habe diese inhärenten Schwächen relativ lange überdeckt, weil über die eigenen Mängel und Grenzen nur bei der Analyse von Niederrängen nachgedacht worden sei. Bis Mitte der 1970er Jahre habe die Neue Linke aber nur Erfolge, das Anwachsen ihrer Kräfte und die Offensive gekannt. »Das Überwintern in schwierigen Verhältnissen oder eine Defensive hatten wir nicht gelernt und bis dahin auch nicht nötig gehabt.«<sup>118</sup> Genau eine solche historische Situation sei prädestiniert für die Entstehung von Militanz:

»Es ist erklärlich, daß Militanz entsteht, wenn einerseits der Geschichtsoptimismus und der Glaube an eine kommende weltweite Befreiung noch vorhanden sind, aber andererseits die Schwierigkeiten des revolutionären Projekts und die Widerstände der Herrschenden deutlicher werden: Der Geschichtsoptimismus gibt dem persönlichen Risiko einen klaren Sinn, es wird akzeptiert, um das große Ziel der weltweiten Befreiung zu erreichen. Das Erkennen der Schwierigkeiten auf dem Weg zur Befreiung und die Brutalität des Feindes legitimieren die Wahl anderer Mittel, es wird von links aus zu- und zurückgeschlagen.«<sup>119</sup>

Die Enttäuschung darüber, dass in der BRD keine revolutionäre Massenbewegung entstanden sei, habe dann dazu geführt, dass der Internationalismus und die Militanz ein Bündnis eingingen – in der Hoffnung, durch eine Zusammenarbeit revolutionärer Kräfte weltweit auch die Politisierung der Metropolen voranzutreiben.

<sup>117</sup> Viehmann: Militanz, S. 9.

<sup>118</sup> Ebd.

<sup>119</sup> Viehmann: Militanz, S. 10.

Dieser militante Internationalismus habe aber eine ganze Reihe blinder Flecken gehabt, die bereits in der Kritik an der AIZ angesprochen wurden: Die mangelnde Sensibilität für Rassismus und Sexismus habe dafür gesorgt, dass die Unterdrückung auch in den eigenen Reihen fortbestanden habe. Rassismus sei in der Linken lange als ein simples Herrschaftsinstrument im Klassenkampf betrachtet worden; dass auch die Arbeiterklasse selbst rassistisch eingestellt sein könne, sei viel zu spät erkannt worden. Antirassistische Kämpfe, beispielsweise gegen die Apartheid in Südafrika, hätten lediglich als ein Unteraspekt des Klassenkampfes gegolten. Die Blindheit der westlichen Linken für die verschiedenen Dimensionen von Unterdrückung könne auch durch die Angst vor dem Verlust der eigenen Privilegien erklärt werden. In jedem Fall habe diese eingeschränkte Perspektive zu fatalen Fehleinschätzungen geführt:

»Weil Internationalismus eigentlich nur Kapitalismus und Imperialismus ernst nahm und militant bekämpfte, die Bedeutung von Patriarchat und Rassismen aber unterschätzte, sah der Feind, von dem sozusagen nur ein Drittel registriert wurde, schwächer aus, als er war. Die anderen beiden Drittel stabilisierten ihn auf Ebenen, die von links aus nicht mal angekratzt wurden.«<sup>120</sup>

Zwar habe es immer wieder militante Aktionen gegeben, die alle drei Unterdrückungsmechanismen adressiert hätten; insgesamt aber habe die Linke mit ihrer hauptsächlichen Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen zu oft die Chance auf eine wirklich progressive Politik vertan. Solidarität hätte sich nicht an den »Klassenbrüder« richten sollen, sondern an alle, auf deren Rücken die eigenen Privilegien aufrechterhalten worden seien. *Klaus Viehmann* skizziert auch, wie seiner Meinung nach eine militante, internationalistische Politik in den 1990er Jahren aussehen könnte: Die westliche Linke müsse sich von ihrem Denken in Haupt- und Nebenwidersprüchen verabschieden und die eigenen Privilegien stärker reflektieren.

»Letztlich wäre eine neue Definition von ›links‹ erforderlich. Marx hat das schon ganz schön getan, nämlich als ›das Umwerfen aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen‹ ist. Der Fehler war, daß mit ›Mensch‹ nicht alle Menschen gleichermaßen gemeint waren und mit ›alle Verhältnisse‹ nicht wirklich alle.«<sup>121</sup>

Die Freiheit, für die die Linke kämpfen müsse, sei unteilbar – niemand sei wirklich frei, solange noch die eine oder andere Form der Unterdrückung existiere. Abschließend stellt sich der Autor die Frage, warum der Internationalismus in den 1990er Jahren schwächer und weniger militant sei als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Eine Erklärung laute, dass der spezifische historische Moment, in dem Militanz entstehe, mittlerweile vorbei sei. Zwar seien Ungerechtigkeiten und Empörung geblieben, es fehle aber der Geschichtsoptimismus, der an zu vielen Rückschlägen gebrochen sei.

»Bereitschaft zu persönlichen Konsequenzen für eine politische Praxis gegen den gesellschaftlichen Mainstream entsteht nicht rein rational, sie braucht das Gefühl, den

<sup>120</sup> Viehmann: Militanz, S. 11.

<sup>121</sup> Viehmann: Militanz, S. 12.

Wind der Geschichte im Rücken zu haben, und die begründete Illusion, siegen zu können. Heute muß weniger reichen, nämlich die Gewissheit, ›Recht zu haben‹ und etwas Sinnvolles zu tun. Wenn nicht für die Revolution, dann für das Verhindern der Barbarei.«<sup>122</sup>

### **6.3 »Für einen solidarischen und respektvollen Umgang in linken Strukturen!« – Militanz in innerlinken Auseinandersetzungen**

Auch wenn Militanz in der linken Szene zunächst als konsequente innere Haltung verstanden wird, umfasst sie natürlich – wie mittlerweile deutlich geworden sein sollte – auch eine konkrete Ebene von Gewalt. Diese richtet sich im Regelfall insbesondere gegen Sachen, in selteneren und stets umstrittenen Fällen auch gegen den politischen Gegner. Als dieser gelten zumeist Rechtsradikale oder PolizistInnen. Gewalt gegen diese Personengruppen wird zwar nicht grundsätzlich gefordert, aber ebenso wenig grundsätzlich abgelehnt. Ein Spezialfall von militanten Auseinandersetzungen liegt allerdings jenseits der Aufteilung in die Dichotomie zwischen Linken und Rechten: gewaltförmige Konflikte *innerhalb* der linken Szene.

Zu solchen Auseinandersetzungen kommt es im Laufe der Jahre zwar immer wieder, beispielsweise Mitte der 1990er Jahre in einem von Punks und Autonomen gemeinsam bewohnten Wohnprojekt in Hannover.<sup>123</sup> Lange Zeit bleiben solche Vorfälle tendenziell Randnotizen. Insbesondere mit dem Aufkommen der sogenannten antideutschen Kritik (vgl. dazu ausführlicher Abschnitt 8) intensivieren sich aber die innerlinken Konflikte, mehrfach kommt es sogar zu gewalttätigen Übergriffen innerhalb der bundesrepublikanischen linken Szene.

Der Konflikt wird natürlich auch in Hamburg ausgetragen, wo die Flora wiederholt Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen antideutschen und antiimperialistischen Personen und Gruppen wird. Die Heterogenität der NutzerInnen sei laut dem *Hausplenum der Roten Flora* aber gerade eine entscheidende Qualität des Zentrums:

»Die Flora war und ist immer auch ein Spiegelbild der Konflikte und Auseinandersetzungen der radikalen Linken. Entsprechend heterogen sind die Blickwinkel, die hier zusammenkommen. Wir halten diese Heterogenität jedoch nicht einfach für einen Mangel, sondern sehen in ihr die Chance, über Differenzen hinweg politische Grenzen innerhalb linker radikaler Bewegungen zu bestimmen und ohne Anspruch auf umfassende Klärung und absolute Wahrheit einen (Minimal-)Konsens zu entwickeln, um Handlungsfähigkeit zu gewinnen.«<sup>124</sup>

Das Problem im Konflikt um antideutsche Kritik bestehe darin, dass beide Seiten kein Interesse hätten, ihre Maximalstandpunkte aufzugeben und sich auf einen Minimalkonsens zu verständigen. Stattdessen seien die Konflikte von polemischem Getöse,

122 Viehmann: Militanz, S. 12.

123 Vgl. dazu z.B. eine Autonome vom Treff: Zu den Auseinandersetzungen um das Sprengel zwischen Autonomen und Punks. In: *Zeck 46\_1996*, S. 9f.

124 Hausplenum der Roten Flora: Für einen solidarischen und respektvollen Umgang in linken Strukturen! Gewaltverhältnisse bekämpfen! In: *Zeck 168\_2012*, S. 6-8, hier S. 6.

identitären Gesten, Abgrenzungen, Vereinfachungen und pauschalen Schuldzuweisungen geprägt. Insbesondere zwei wiederkehrende Verhaltensweisen werden kritisiert: einerseits Revierkämpfe auf Partys und Veranstaltungen, andererseits der jeweils gegenseitige Vorwurf, »Anti-Antifa-Arbeit« zu betreiben, konkret beispielsweise DemoteilnehmerInnen abzufotografieren, Bilder zu veröffentlichen und Namen und Gruppenzugehörigkeiten zu nennen.

»Ein respektvoller Umgang in innerlinken Konflikten, der den politischen Gegner ernst nimmt, gehört für uns zu den Basisbanalitäten. [...] Solche Praktiken haben in der Auseinandersetzung nichts zu suchen und lassen sich auch nicht dadurch rechtfertigen, den politischen Gegner aus der Linken heraus zu definieren.«<sup>125</sup>

Eine solche denunziatorische Haltung verstößt eindeutig gegen die üblichen und notwendigen Regeln des Umgangs miteinander und sei daher tatsächlich ein Ausschlussgrund für eine zukünftige politische Zusammenarbeit.

Ausführlich geht das *Hausplenum* auf die Rolle von Gewalt in den Auseinandersetzungen ein. Beide typischen Verhaltensweisen, mit denen auf gewalttätige Konflikte reagiert werde, würden hinter die Diskussionen der radikalen Linken zum Thema Gewalt zurückfallen und müssten daher erneut überdacht werden. Meistens werde Gewalt untereinander von der einen Seite als Rückfall in die Barbarei vormoderner Zustände bezeichnet, gegen die die Mindeststandards der bürgerlichen Gesellschaft verteidigt werden müssten; die andere Seite trivialisiere den Vorfall dagegen als einfache »Schelle«, die einen eh nicht mehr links denkenden Menschen zu Recht getroffen habe. Beide Ansätze berücksichtigten aber kaum, dass ein Ausgangspunkt linker Politik die Erkenntnis sei, dass alle gesellschaftlichen Verhältnisse auf unterschiedlichen Ebenen gewalttätig seien – obgleich diese verschiedenen Ebenen der Gewalt unterschiedlich stark sicht- und wahrnehmbar seien.

»Ein wesentlicher Ansatz linker Politik ist es, diesem Mechanismus eine militante und selbstbestimmte Praxis entgegenzusetzen, um Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen und Gegenmacht aufzubauen. Militanz in diesem Sinne ist nicht einfach gleichzusetzen mit Gewalt, sondern meint zunächst einmal ein selbstbestimmtes Handeln – was den Einsatz von Gewalt beinhalten kann. Dabei heiligt weder der Zweck die Mittel, noch sind die Mittel Selbstzweck. Es ist weder hilfreich, entsetzt vor ›der Gewalt‹ zu erstarren, noch sie zu trivialisieren. Stattdessen bedarf es eines genauen Begriffs der herrschenden Verhältnisse sowie einer verantwortungsvollen und inhaltlichen Bestimmung der eigenen Praxis.«<sup>126</sup>

In bestimmten Fällen sei es also legitim, Gewalt anzuwenden. Dies gelte aber dezidiert nicht für Konflikte innerhalb der eigenen Szene:

»Während es auf dieser Grundlage oftmals richtig ist, Nazis und Bullen die Straße entgegenzusetzen, ist für uns eine Grenze überschritten, wenn Leute in innerlinken politischen Auseinandersetzungen physisch oder psychisch beeinträchtigt werden. Sicher-

<sup>125</sup> Hausplenum der Roten Flora, S. 6f.

<sup>126</sup> Hausplenum der Roten Flora, S. 7.

lich werden wir in unseren Strukturen und unserer Organisierung, in unseren Debatten und Kämpfen auch immer wieder die Gewalt der Verhältnisse reproduzieren. Doch unser Ziel muss es sein, bereits im Hier und Jetzt andere Formen des Miteinanders zu entwickeln.«<sup>127</sup>

Aus diesen Gründen wird eine weitere politische Zusammenarbeit mit denjenigen linken Gruppen, die für die Übergriffe verantwortlich seien, explizit ausgeschlossen.

Spannend sind auch die Grenzen des legitimen linken Handelns, die im weiteren Verlauf deutlich werden. Einige der angegriffenen Personen hatten nach dem Vorfall Anzeige bei der Polizei erstattet und sich damit eindeutig von dem linksradikalen Konsens (»Keine Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz«) verabschiedet. Dies sorgte in Teilen der Szene für Empörung bzw. sogar für eine retrospektive Verharmlosung oder Rechtfertigung der Tat, weil die Opfer ja offensichtlich gar keine Zugehörigen der eigenen Strukturen seien bzw. sich selbst ebenfalls nicht an den Szene-Kodex hielten. Auch das *Hausplenum der Flora* verurteilt die Kooperation mit den staatlichen Ordnungskräften, fordert aber parallel eine größere Bereitschaft der eigenen Szene, in solchen Fällen statt Polizei und Justiz selbst aktiv zu werden: »Wir halten Anzeigen weder für ein richtiges Mittel, noch für einen sinnvollen Umgang bei Gewaltübergriffen im Rahmen linker Strukturen. Ebendiese Haltung erfordert aber auch ein aktives und solidarisches Verhalten der Szene in solchen Fällen.«<sup>128</sup> Dass sich Betroffene an die Polizei wenden, sei daher kein Verrat, sondern eine Niederlage; und zwar keine Niederlage des betroffenen Opfers, sondern der Linken als Ganze, weil sie es so weit habe kommen lassen.

Das *Hausplenum* betont dennoch die prinzipielle Verweigerungshaltung der radikalen Linken gegenüber Polizei und Justiz: Strafen seien nicht gleichzusetzen mit Schutz der Betroffenen, sondern würden insbesondere ein gesellschaftliches Rachebedürfnis stillen und somit zu einer Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse beitragen. Daher sei es nur in Ausnahmefällen eine Option, die bürgerlichen Ordnungsinstanzen einzuschalten:

»Uns ist klar, dass die Haltung ›keine Zusammenarbeit mit der Polizei‹ in der Realität ihre Grenzen hat, z.B. bei schweren Verletzungen, Vergewaltigungen oder auch bei Übergriffen von Nazis. Wir leben nicht in einer befreiten Welt und für die Betroffenen von Gewalt gilt dies besonders. [...] Wo es darüber hinaus aber um die Offenlegung von Namen und Strukturen linker Gruppen geht, machen sich die Betroffenen zum Teil des Repressionsapparates und gefährden nicht nur sich selbst, sondern linke und autonome Standards insgesamt.«<sup>129</sup>

---

<sup>127</sup> Hausplenum der Roten Flora, S. 7.

<sup>128</sup> Ebd.

<sup>129</sup> Ebd.

## 6.4 Zwischenfazit: Wo, wie und was wurde in Auseinandersetzungen mit Militanz gelernt?

Nach der Darstellung der Debatten über Militanz in der *Zeck* steht nun abermals die Frage nach dem kollektiven Lernen im Raum: Welche Lernprozesse sind im Themenfeld Militanz erkennbar? Wo liegen die Besonderheiten?

Ähnlich wie im Themenfeld Sexismus gibt es auch in den Debatten um Militanz einen relativ konstanten Wissensstand, der trotz aller Diskussionen nie fundamental zur Disposition steht: Militanz, zunächst verstanden als konsequente, kompromisslose und kämpferische Haltung, ist essenziell für die linksradikale Identitätskonstruktion und wird daher nicht grundsätzlich infrage gestellt. Die Bereitschaft zu einer militanten Haltung ist eines der zentralen Unterscheidungsmerkmale, die die linksradikale Szene von der »reformistischen«, »angepassten« oder »bürgerlichen« Linken trennt. Mit großer Mühe und viel Einsatz wird diese Trennlinie immer wieder aufs Neue stabilisiert, was sich u.a. in der beinahe schon obsessiven Berichterstattung über militante Aktionen zeigt.

Auch in Bezug auf die grundsätzliche Funktion und Rolle von Militanz für linke Politik kann von einem weitgehenden konsensualen Wissen ausgegangen werden: Militanz ist nicht nur wichtig für das identitäre Selbstbild der AktivistInnen, sondern wird auch als sinnvolles und teilweise erfolgversprechendes Mittel im Rahmen politischer Kampagnen gesehen. Dass militante Mittel prinzipiell notwendig und nützlich sein können, wird nur äußerst selten bezweifelt. Andersherum ausgedrückt: Wer die Legitimität von Militanz grundsätzlich infrage stellt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht als radikale(r) Linke(r) anerkannt.

Diese grundsätzliche Befürwortung von Militanz verhindert dennoch nicht, dass konkrete Aktionen und Vorfälle immer wieder zum Auslöser kritischer Debatten werden: Bezwifelt wird in diesen Fällen zumeist, dass die stattgefundenen Aktionen den szeneinternen Ansprüchen an Militanz genügt haben. Diese Ansprüche umfassen sowohl interne als auch externe Faktoren einer militanten Aktion: So sollten militante Aktionen nur stattfinden, wenn die körperliche Gefährdung von Unbeteiligten ausgeschlossen werden kann; die politischen Ziele sollten erkennbar und vermittelbar sein, die handelnden AktivistInnen sollten sich mit den potenziellen Konsequenzen ihrer Tat beschäftigt haben usw. Bei der konkreten Kritik werden meistens Verstöße gegen diese Ansprüche herausgearbeitet. Ein wiederkehrendes Motiv der Kritik ist beispielsweise der Verweis auf die ausbleibende inhaltliche Fundierung einer Aktion, die dann zwangsläufig in eine reine Zurschaustellung des Gewaltfetischs und der Männlichkeit der Beteiligten kippe.

Im Themenfeld Militanz zeigt sich relativ deutlich ein Prinzip der linksradikalen kollektiven Identität, das für Äußerungen zum Thema enorm wichtig ist: die Politik der ersten Person. Anders als in den Diskussionen über Sexismus, wo immer wieder versucht wird, die gesamte Szene einzubeziehen und dazu zu bringen, eine Position zur Debatte einzunehmen, wird in den Diskussionen über Militanz eine Mindestvoraussetzung formuliert: Eine eigene, aktive Beteiligung an den jeweiligen Demonstrationen und Aktionen wird gemeinhin als unersetzliche Grundlage gesehen, um sich berechtigterweise an einer Diskussion darüber beteiligen zu dürfen. So bemühen sich

beinahe alle Beteiligten in der Debatte, die eigene aktive Praxis zu betonen und klar zu machen, dass man sich eben nicht theoretisch und distanziert in die Diskussion einschalte. Zweifel daran, ob geäußerte Kritik auch wirklich auf eigenen Erfahrungen beruht oder doch bloß aus der Ferne formuliert wurde, sind daher eine populäre Taktik zur Delegitimierung der gegnerischen Position. Ebenso beliebt ist es, die konkrete Kritik an einer bestimmten Aktion eben doch als eine allgemeine Distanzierung von militärischen Mitteln zu deuten. Beide Argumentationsstrategien versuchen, die konkrete Kritik an bestimmten Aktionen nicht mehr als Teil eines linksradikalen Diskurses zuzulassen. Parallel sind einige spezifische Muster der dezidiert innerlinken Kritik an militärischen Aktionen ebenfalls weit verbreitet. Insbesondere die Warnung vor der Inszenierung von gewalttätiger Männlichkeit im Zuge linker Militanz ist ein gewichtiger Einwand.

Insgesamt ist auch in diesem Themenfeld ein wirklicher Lerneffekt (im Sinne einer längerfristig stabilen Neuordnung des kollektiven Wissens) als Folge der Diskussionen kaum erkennbar. So zeigt allein der Umstand, dass die Debatten immer wieder nach demselben Muster verlaufen, dass es zu keiner grundsätzlichen Veränderung des linksradikalen Verhältnisses zu Militanz kommt. Beispielsweise wird stetig und vehement kritisiert, dass sich Militanz nicht nur an der anwesenden Polizei abarbeiten dürfe – was dennoch nicht verhindert, dass im Rahmen von Demonstrationen oder Straßenfesten immer wieder aufs Neue ebendiese Konfrontationen entstehen. Auch hier zeigt sich also eine relativ erfolgreiche Stabilisierung des existierenden Wissens durch stete Wiederholung. Ähnlich wie in den Debatten über Sexismus funktionieren die Feed-Back-Prozesse besser als die Feed-Forward-Impulse. Selbst wenn am Ende der Debatten um eine konkrete Aktion relativ eindeutig feststeht, dass die Aktion nicht gut gelaufen sei und den eigenen Ansprüchen nicht genügt habe, führt das in den seltensten Fällen zu einer wirklichen Distanzierung und es verhindert erst recht nicht, dass in der Zukunft wieder ähnliche Aktionen stattfinden.

Allerdings gibt es einige wichtige Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel: So wird der bewaffnete Kampf, den einige linksradikale Gruppierungen in den 1970er Jahren aufgenommen hatten, in der Zeck unisono abgelehnt. Einerseits sei diese Form militanter Politik vor dem Hintergrund der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mittlerweile anachronistisch, andererseits werden insbesondere die blinden Flecken der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung kritisiert. Der bewaffnete Kampf der Stadtguerilla habe beispielsweise die Existenz und die gegenseitige Überlagerung verschiedener Unterdrückungsmechanismen nur unzureichend wahrgenommen, sei daher u.a. unsensibel für feministische Befreiung gewesen und habe insgesamt mit seiner Fixierung auf nationale Befreiungsbewegungen nationalistischen und reaktionären Ideologien stets eine offene Flanke geboten.

Der wohl wichtigste Debattenstrang in diesem Themenfeld dreht sich um die Frage, welchen Sinn und welche Bedeutung Gewalt in politischen Auseinandersetzungen haben kann. Insbesondere die oft beinahe rituellen Auseinandersetzungen mit der Polizei stehen daher im Zentrum der Kritik, werden aber trotz ihrer zunächst offensichtlich erscheinenden Inhaltslosigkeit immer wieder auch leidenschaftlich verteidigt. So wird gegen den Vorwurf der unpolitischen, ziellosen Gewalt oftmals eingewendet, dass diese Form der Militanz auch ohne ein explizites Ziel in erster Linie ein

Ausdruck von Unzufriedenheit und Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse sei. Als nonverbale Kommunikationsform sei der Aufruhr gerade ein Ausdruck jener Ausgeschlossenen und Benachteiligten, denen eine Teilnahme am gesamtgesellschaftlichen Diskurs sonst eher verschlossen bleibe. Die Randale, die beispielsweise am Rande jedes Schanzenfestes irgendwann im Verlauf des Abends verlässlich ausbricht, sei daher ein Spiegel der gesellschaftlichen sozialen Verhältnisse, die diskriminierende Ausschlüsse schafften und auf einer allgegenwärtigen, aber stummen und kaum sichtbaren Gewalt beruhten. Obwohl ziellose Gewalt damit ein Stück weit zu einem Moment der Rebellion gegen die kapitalistische Gesellschaft geadelt wird, wird gleichzeitig auch ihre Ambivalenz und Uneindeutigkeit betont. In diesen Formen von Gewalt seien sowohl progressive als auch regressive Tendenzen erkennbar, was eine unreflektierte Ästhetisierung und Vereinnahmung der Randale als linksradikaler Ausdrucksform verhindere.

Letztlich deutet sich in dieser Frage im Zeitverlauf ein Kompromiss der verschiedenen Lager an: Statt die Riots entweder als unpolitische, ziellose Gewalt zu verteufeln oder aber zum revolutionären Ausdruck der sonst stummen Massen zu erklären, sollten sie in ihrer inneren Widersprüchlichkeit wahrgenommen werden. Militanz sei ein langsamer Bewusstwerdungsprozess, dessen Richtung offen sei, der aber durchaus in eine linksradikale Richtung gelenkt werden könne. Fehler seien dabei leider unvermeidlich, müssten aber solidarisch kritisiert werden und dürften nicht automatisch in einer pauschalen Verurteilung der Gewalt enden. Militanz sei ein stetiger Lernprozess, in dem die sonst allgegenwärtige Unterdrückung kurzzeitig durchbrochen werden und der auf diese Weise erste Erfahrungen der Selbstermächtigung vermitteln könne, was letztlich die Erlernung einer Kultur des Widerstands möglich mache.

Gleichzeitig gibt es eindeutige Grenzen von Gewalt, die in keiner Diskussion infrage gestellt werden. Die bessere Welt, für die die linksradikale Bewegung kämpfe, könne nicht mit Gewalt erobert werden. Zu jeder Zeit müssten die politischen Ziele in den konkreten Mitteln erkennbar sein.

In den Diskussionen um Militanz zeigen sich zwei unterschiedliche Ansprüche an linksradikale Politik: Auf der einen Seite existiert der Wunsch nach Vermittelbarkeit und nach dem Versuch, gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren, was folglich eine stärkere Orientierung an der öffentlichen Meinung erfordere. Auf der anderen Seite steht das Bedürfnis nach Radikalität und Konsequenz, das eine strategische Ausrichtung der Politik an der bürgerlichen Gesellschaft ablehnt und sich vornehmlich an der eigenen Szene bzw. Nische orientieren will. Es ist im Kern dieser Konflikt, der in etlichen Diskussionen über militante Mittel immer wieder aufs Neue ausgetragen wird, ohne dass sich eine der streitenden Parteien mit ihrer Position durchsetzen kann.

Zum Teil zeigt sich in den Debatten um Militanz auch ein Generationenkonflikt innerhalb der radikalen Linken: Die Kritik an angeblich inhaltsleeren, ziellosen und schlecht geplanten militanten Aktionen wird häufig implizit oder explizit durch den Verweis auf frühere Zeiten ergänzt, als die radikale Linke noch gewusst habe, was sie tut und wie sie ihre Ziele voranbringen kann. Diese spezielle Form der Kritik wird zu meist deutlich generativ zurückgewiesen, ihre TrägerInnen werden oft als altväterliche »KlugscheißerInnen« attackiert.

Die Rolle von Militanz ist für die Konstruktion einer linksradikalen Identität, wie bereits erwähnt wurde, eines der wichtigsten Abgrenzungsmittel, um sich von der »bür-

gerlichen« Linken zu unterscheiden. Das verhindert aber auch intergenerationelles Lernen in diesem Fall sehr effektiv: Da militantes Handeln essenziell für die Produktion einer autonomen Identität ist, sind eigene Erfahrungen damit mehr oder weniger unersetzlich. Ratschläge, bestimmte Aktionen lieber zu unterlassen, weil sie keine Aussicht auf Erfolg hätten oder in der öffentlichen Wahrnehmung keine Sympathien gewinnen könnten, werden daher instinktiv zurückgewiesen. Auch wenn es sich tatsächlich um gut gemeinte, auf eigenen Erfahrungen beruhende Hinweise handeln sollte, werden sie doch in erster Linie als Angriff auf die eigene Identitätskonstruktion und als Bevormundung interpretiert. Deutlicher als in anderen Feldern wird in Bezug auf Militanz von den jüngeren Generationen auf dem Recht bestanden, ihre eigenen Erfahrungen, Fehler und Rückschläge machen zu können.

In gewisser Hinsicht können die Debatten über Militanz auch als Zeichen einer allgemeinen Krise der linksradikalen Szene gedeutet werden. So flammen die Diskussionen in der *Zeck* gerade zu einem Zeitpunkt auf, als eigentlich der Bedeutungsverlust dieser Aktionsform konstatiert wird:

»Waren Riots bis Ende der Neunziger noch eingebunden in einen Kampf um so etwas wie eine symbolische Hegemonie im Stadtteil und konkrete politische Kampagnen, verloren diese ab 2000 vordergründig zunehmend ihren konkreten Bezug. Immer öfter knallte es dennoch nach Partys, Demos oder dem Schanzenfest auf der Piazza. Der Krawall vor der Flora entwickelte sich scheinbar zu einem Selbstgänger und Ritual ohne wirklichen Inhalt und die Diskussionen um dieses Ereignis nahmen an Intensität zu.«<sup>130</sup>

Die Debatten um linke Militanz sind somit immer auch ein Kampf um die Neubestimmung linksradikaler Identität.

---

<sup>130</sup> Grobi, S. 7.